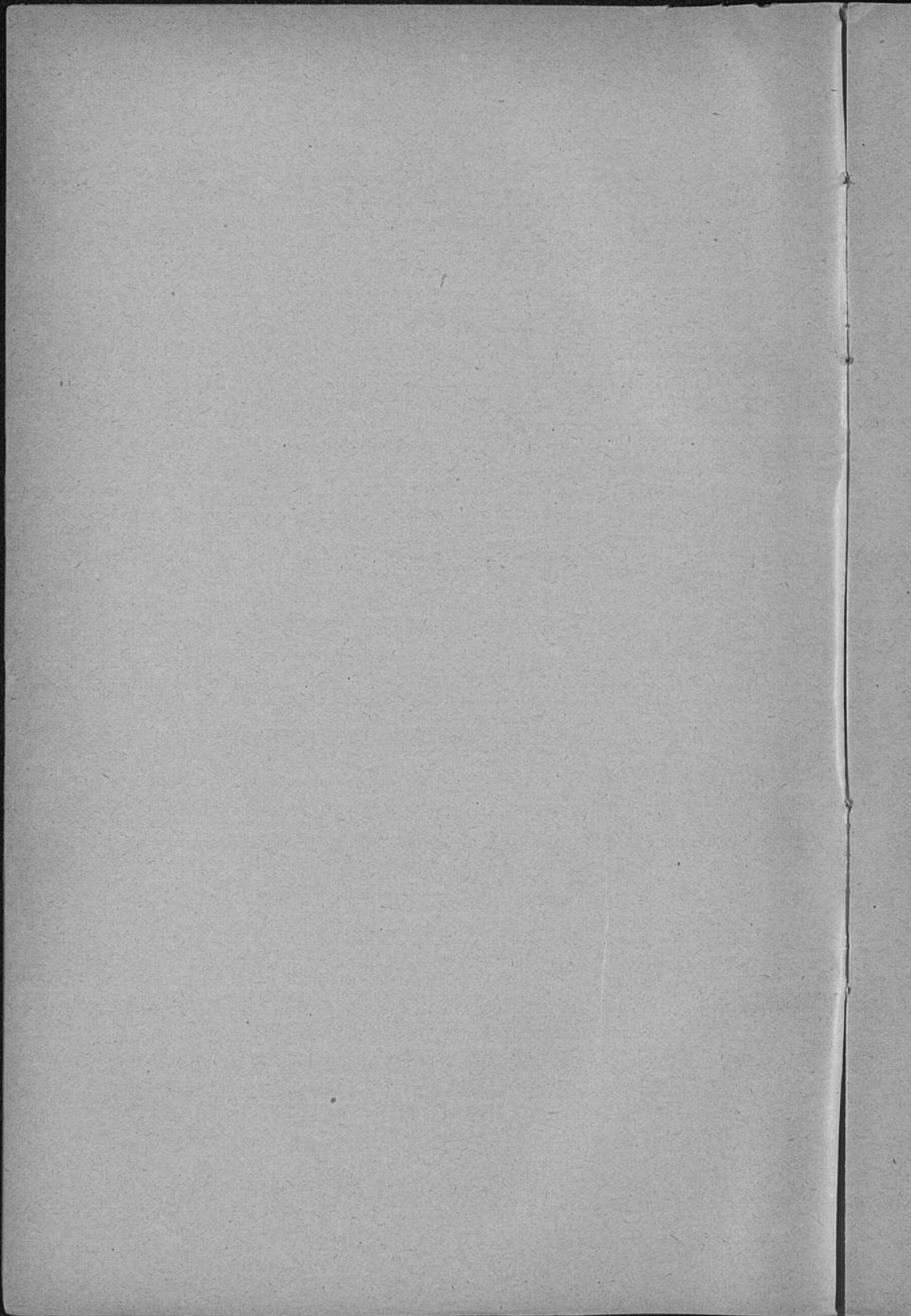


1. Geschichte der Anstalt.





Vorgeschichte und Gründung der Stadtschule.

Als Quellen sind hauptsächlich benutzt worden Kuhl, Geschichte der Stadt Jülich, insbesondere des früheren Gymnasiums zu Jülich, 4 Bde. Jülich 1891—1897 sowie die in dem Archiv der Stadt und des Gymnasiums aufbewahrten Akten und die von dem Bürgermeister in den einzelnen Jahren veröffentlichten Verwaltungsberichte.

Von den Herrschern des ehemaligen Herzogtums Jülich hat sich keiner größere Verdienste um die Stadt Jülich erworben als Herzog Wilhelm V (1539—1592). Den schon von seinem Vater gehegten Plan, Jülich zu der bedeutendsten Festung des Landes umzugestalten, brachte er nach dem unglücklichen Kriege, den er wegen der Geldernschen Erbschaft mit Kaiser Karl V geführt hatte, zur Ausführung. Der von ihm mit dem Festungsbau betraute Baumeister Alessandro Pasqualini entwarf nach dem furchtbaren Brande, der im Jahre 1547 Jülich zerstörte, auch einen neuen Stadtplan, dem die breiten regelmäßigen Straßen verdankt werden.

Als Ersatz für die durch den Krieg in Trümmer gelegte Residenz Nideggen und zugleich als prächtigsten Schmuck der wiedererstandenen Stadt ließ Herzog Wilhelm in der Zitadelle der Festung ein ausgedehntes Schloß im Renaissancestil errichten, dessen Grundstein i. J. 1549 gelegt wurde. Um den Glanz der neuen Residenz zu heben, verlegte er i. J. 1569 das Kanonikatstift, das in Nideggen schon länger als 200 Jahre zu Ehren der seligen Christina von Stommeln bestanden hatte, nach Jülich. Zu diesem Stift gehörten 6 Priester, 4 Diakone und 3 Subdiakone. Trotz des Widerspruches des Magistrates von Nideggen wurden einige Jahre später auch die Gebeine der viel verehrten Christina nach Jülich übertragen. Da die Stifts-

herren unter anderem die Aufgabe hatten für das Schulwesen und besonders für die Ausbildung der zukünftigen Geistlichen zu sorgen, so fanden schon bald nach der Übersiedelung des Kapitels Verhandlungen zwischen diesem und dem Magistrate statt wegen Errichtung einer sogenannten Partikularschule, die ihre Zöglinge für die Universität vorbereiten sollte. Trotz mancherlei Schwierigkeiten trat diese Schule hauptsächlich infolge des Eingreifens des Herzogs i. J. 1572 ins Leben und machte die Trivialschule, die bis dahin bestanden hatte, überflüssig. Die Partikularschule, die einzige ihrer Art im Jülicher Lande, erfreute sich anfangs hoher Blüte und wurde außerordentlich stark besucht. Die Angabe freilich, daß sie eine Zeit lang 1000 Schüler gezählt habe, erscheint wenig glaubhaft. Der Glanz, den Wilhelm V der Stadt Jülich verliehen hatte, ließ schon vor dem Tode des Herzogs nach, der in den letzten Jahren seines Lebens unheilbarer Krankheit verfallen war. Unter den Kriegsunruhen, die mit Beginn des 17. Jahrhunderts ausbrachen, hatte die Stadt schwer zu leiden, und mit ihrer Bedeutung sank auch die der Partikularschule, zumal da ihre Einkünfte in den Kriegzeiten nicht die vorgeschriebene Verwendung fanden. Das Ansehen, das die neugegründeten Jesuitenschulen allenthalben genossen, führte zunächst dazu, daß den Jesuiten, die in dem Jahre 1642 eine Niederlassung in der Stadt begründet hatten, 1647 die Aufsicht über die Partikularschule übertragen wurde. Nach mancherlei Kämpfen gelang es den Jesuiten, die Schule ganz in ihre Hand zu bringen. Sie übernahmen die Verpflichtung, im November 1664 ein Gymnasium in der Art der schon anderswo von ihnen eingerichteten Anstalten zu eröffnen, und zwar zunächst mit den drei unteren Klassen, denen in den beiden folgenden Jahren die vierte und fünfte folgen sollten. Die Reuten, die bisher zum Unterhalt der Schule gedient hatten, wurden den Jesuiten zur Bestreitung der Kosten des Gymnasiums überwiesen, jedoch mit der Bedingung, daß sie beim Eingehen der Lehranstalt ungeschmälert an den Magistrat

zurückfallen sollten. Mancherlei Zuwendungen wurden den Vätern der Gesellschaft Jesu im Laufe der Zeit für das Gymnasium gemacht. Das reichste Geschenk verdankten sie der Stadt Jülich. Im Jahre 1668 überwies diese den Jesuiten zu den bereits früher übertragenen 30 Morgen Ackerland noch weitere 50 Morgen zum Unterhalt der Schule. Jedoch übernahmen die Väter die Verpflichtung, von den 80 Morgen 56 zurückzugeben, wenn sie nicht instande sein sollten, die Schule aufrecht zu erhalten. Bei ihrer Eröffnung wurde die Schule bereits von 80 Schülern besucht. Diese Zahl wuchs, als die Anstalt 5 Klassen umfaßte. In dem Gymnasium wurden zahlreiche Schüler vornehmer Herkunft vorgebildet, die später im Staats- oder Kirchendienste eine Rolle spielten. Einen Einblick in das Leben der Schule gewähren die in der Gymnasialbibliothek enthaltenen Veröffentlichungen, im ganzen 152. Die meisten freilich, 121, sind Programme der dramatischen Aufführungen, die regelmäßig am Schlusse des Schuljahres gegen Ende September, aber auch bei besonderen Gelegenheiten im Laufe des Schuljahres veranstaltet wurden. Das Schicksal des Gymnasiums hing aufs engste mit dem des Jesuiten-Ordens zusammen.

Nach Aufhebung des Ordens i. J. 1773 wurde die Schule im Oktober 1774 aufgelöst. Die Jesuitengüter ließ der Landesherr verwalten. Ihre Erträgnisse flossen nicht in die Staatskasse, sondern sie sollten gemäß kaiserlicher Verordnung für Unterrichtszwecke verwandt werden. Die Einkünfte beliefen sich an Pacht und Zinsen i. J. 1777/78 auf etwa 2079 Reichstaler. Die zur Verfügung stehenden Mittel boten den ehemaligen Ordensmitgliedern, die als Kongregation zusammenbleiben durften, die Möglichkeit, die Schule im November 1777 wieder zu eröffnen. Indes wegen der Baufälligkeit des auf dem Kirchhofe gelegenen bis dahin benutzten Schulgebäudes war die Einrichtung eines neuen Schulhauses nötig. Es gelang dem Magistrat, bei der kurfürstlichen Regierung die Überlassung der bisherigen Jesuitenresidenz zu erwirken. Diese wurde zu

Schulzwecken umgebaut und ist mit einiger Unterbrechung bis zum Beginne des Jahres 1902 als Schulgebäude benutzt worden. Das von der Kongregation wieder ins Leben gerufene Gymnasium sollte keinen langen Bestand haben. Zunächst fehlte es unter den Lehrern an der zu erfolgreicher Tätigkeit notwendigen Einigkeit. Sodann war die Franzosenherrschaft für das Schicksal der Schule verhängnisvoll. Als die Franzosen im Oktober 1794 Jülich besetzten, benutzten sie das Schulhaus sowie die sonstigen Gebäude, die früher Eigentum der Jesuiten gewesen waren, um Verwundete darin unterzubringen. Da keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung standen und die Franzosen auch nicht beabsichtigten die Gebäude zu räumen, ruhte der Unterricht ein Jahr lang. Erst im Herbst 1795 nahmen die Mitglieder der Kongregation ihre Tätigkeit in einem gemieteten Hause wieder auf. Die Franzosen betrachteten die Fonds und Grundstücke des ehemaligen Jesuitenbesitzes als Staatsgut und leisteten noch einige Jahre Beihilfe für das Gymnasium. Als sie aber die Zahlungen einstellten, ging die Schule, die auch in sich keine Lebensfähigkeit mehr besaß, ein i. J. 1799. Die zu ihrer Unterhaltung bestimmten Fonds verschwanden, die Grundstücke, die früher im Besitze der Jesuiten gewesen waren, wurden zum Vortheile der Staatskasse verkauft mit Ausnahme der bereits erwähnten 80 Morgen, die beim Eingehen des Gymnasiums zum größten Teile der Stadt wieder zufallen sollten. Eine Rückgabe der Ländereien konnte die Stadt freilich nicht erreichen, sie mußte sich damit begnügen, den Verkauf verhindert zu haben. Als i. J. 1802 Primär-, Sekundär-Schulen und Lyceen eingerichtet wurden, bemühte sich die Stadt um eine Sekundärschule. Dieser Wunsch erschien um so berechtigter, weil Jülich Anrecht auf ein Schulgebäude besaß und auch Mittel zur Unterhaltung der Schule vorhanden waren, wenn sie nur ihrer Bestimmung gemäß verwandt wurden. Indes der Präfekt trug Bedenken der Regierung das Gesuch der Stadt vorzulegen, und das Schulgebäude wurde weiterhin zu militärischen Zwecken

verwendet. Als Napoleon im Jahre 1804 Jülich besuchte, benutzte die Stadt diese Gelegenheit um ihm eine Bittschrift überreichen zu lassen, in der die Errichtung einer Sekundärschule, die Auslieferung der Schulrenten und die Überlassung des Kapuzinerklosters als Ersatz für das Schulgebäude érbeten wurde. Allein auch diese Bemühung blieb ohne Erfolg.

Durch die Bestimmungen des Wiener Kongresses kam das ehemalige Herzogtum Jülich an Preußen. In einem Erlaß vom 5. April 1815 nahm der König Besitz von dem Lande, und am 15. Mai huldigte die Provinz zu Aachen. Die Stadt Jülich, die bereits am 25. April die Vereinigung mit Preußen feierlich begangen hatte, war bei der Huldigung in Aachen auch vertreten. Die Stadt blieb Garnison und beherbergte in den ersten Jahren neben dem Feldartillerie-Regiment Nr. 7 Teile des Infanterie-Regiments Nr. 18. Als i. J. 1816 der Aachener Regierungsbezirk in Kreise eingeteilt wurde, ersah man Jülich zum Sitz eines Landratsamtes. Zum ersten Landrat wurde Major von Bülow ernannt. Die Stadt Jülich bildete mit den 4 Landgemeinden Mersch, Pattern, Welldorf und Güsten einen Bürgermeistereiverband. Dieser hatte die für gemeinsame Angelegenheiten erforderlichen Aufwendungen gemeinschaftlich aufzubringen. Daneben wurden für die einzelnen Gemeinden besondere Haushaltspläne aufgestellt. Die preußische Regierung richtete sofort ihr besonderes Augenmerk auf das Unterrichtswesen in den neu erworbenen Landesteilen. Bis zur endgültigen Regelung des gesamten Schulwesens wurde für jeden Kreis ein katholischer und ein protestantischer Schul-Organisationskommissarius ernannt. Im Kreise Jülich betraute der Geheime Staatsrat und Oberpräsident der Rheinlande Sack den katholischen Pfarrer Muckenheim in Tetz mit diesem Amte. Aus einer Verordnung des Oberpräsidenten vom 20. März 1816 geht hervor, daß er sich die Veredelung des kräftigen deutschen Stammes am vaterländischen Rheine durch Volkserziehung und Unterricht als das höchste Ziel seines Wirkens vor Augen gestellt hatte, um so mehr

weil die frühere Regierung diese Aufgabe vernachlässigt hatte. Die städtische Verwaltung glaubte eine günstige Gelegenheit zur Wiederherstellung der höheren Schule erhalten zu haben. Bürgermeister Brewer wandte sich an den Schulkommissar des Kreises Jülich mit der Bitte, die Regierung möge die schwere Wunde, die der Stadt die Fremdherrschaft durch Aufhebung des Gymnasiums geschlagen habe, heilen und neben den Elementarschulen auch die Errichtung einer höheren Schule ermöglichen, in der die heranwachsende Jugend die alten Sprachen, besonders das Lateinische, lernen könne. Um diesen Zweck zu erreichen wurde die Rückgabe des von den Franzosen eingezogenen Schulgebäudes sowie der schon erwähnten Ländereien, die noch nicht veräußert waren, erbeten. Die preußische Regierung zeigte sich den Wünschen der Stadt gegenüber entgegenkommend. Als sie aber Nachweise über den ehemaligen Schulfonds verlangte, war der Bürgermeister nicht in der Lage solche vorzulegen. Nicht einmal die Urkunden, die das Anrecht der Stadt auf die noch unverkauften Ländereien begründeten, konnten beigebracht werden, obwohl sie vor nicht allzu langer Zeit zur Stelle gewesen waren. So verkaufte denn die Regierung in den Jahren 1817—1820 die von den Franzosen überkommenen Grundstücke trotz des Einspruches der Stadt, die erst nach 20 Jahren ihre Besitztitel einliefern konnte. Obwohl die preußische Regierung der Stadt Jülich gegenüber keine Verpflichtungen anerkannte, so zeigte sie sich doch bereit zur Unterstützung der städtischen Bestrebungen eine höhere Schule ins Leben zu rufen. Am 28. November 1817 eröffnete der Regierungs- und Schulrat Hüsgen im Auftrage der Regierung zu Aachen in einer Versammlung der Schulkörperschaft zu Jülich, daß das Ministerium der Stadt eine jährliche Unterstützung von 1000 Frks. bewilligt habe zur Errichtung einer allgemeinen Stadtschule. Gleichzeitig war auch die Rückgabe des ehemaligen Jesuitenschulgebäudes angeordnet, damit die Stadt darin die neue Schule unterbringen und den Lehrern freie Wohnung gewähren könne.

In der nämlichen Versammlung wurde auch der Plan der Schule der Hauptsache nach aufgestellt. Es schien angemessen, mindestens drei Lehrkräfte heranzuziehen und als Lehrgegenstände aufzunehmen die deutsche, französische und lateinische Sprache, Geschichte, Erdkunde, Naturgeschichte, Naturlehre, Arithmetik, Mathematik, Zeichnen, Schönschreiben, Religion und Pflichtenlehre. Die Stadtschule war nur für solche Schüler berechnet, die vollständigen Elementarunterricht empfangen hatten und sich bei einer Prüfung darüber ausweisen konnten. Als Schulgeld wurde vierteljährlich der Betrag von 9 Frks. in Aussicht genommen, außerdem eine jährliche Abgabe von 5 Frks. zur Bestreitung der Kosten für Licht und Heizung. Unbemittelte Kinder von vorzüglichen Anlagen, die erwarten ließen, daß sie einst dem Staate und der Kirche wesentliche Dienste leisten würden, konnten unentgeltlich an dem Unterricht teilnehmen. Für die Erhebung des Schulgeldes und der sonstigen Einnahmen sollte ein besonderer Empfänger bestellt werden. Die erforderlichen Ausgaben hatte die Stadtkasse zu tragen, soweit sie nicht durch den Beitrag des Ministeriums und das Schulgeld gedeckt wurden. Am 15. Dezember 1817 erklärte sich der Gemeinderat mit den von den Schulvorständen für die Einrichtung der Stadtschule gemachten Vorschlägen einverstanden. Vor allem wurde anerkannt, daß die Gemeindekasse für die Ausgaben einzutreten habe, die aus den Einnahmen der Stadtschule nicht bestritten werden könnten. Als Gehalt für die 3 Lehrer wurde der Betrag von 3000 Frks. festgesetzt, und zwar sollten sie je nach ihren Unterrichtsfächern innerhalb dieser Grenze besoldet werden. Das von der Regierung für die Zwecke der Schule überwiesene Gebäude war freilich erst im folgenden Jahre zu benutzen, da es noch von dem Ingenieuroffizier des Platzes bewohnt wurde, für den erst eine neue Wohnung beschafft werden mußte. Mit dem Plane, wie er für die Stadtschule entworfen war, erklärte sich die Regierung zu Aachen am 6. Januar 1818 einverstanden und sprach die Erwartung aus,

daß ihr bald geeignete Persönlichkeiten für die Besetzung der Lehrerstellen in Vorschlag gebracht würden. Obwohl erst eine Lehrkraft in dem bis dahin in Eupen tätigen Lehrer Hengers gesichert war, so sollte doch der Unterricht am 1. Juni 1818 eröffnet werden. Wenn es nicht gelang, bis zu diesem Zeitpunkte weitere Lehrkräfte zu gewinnen, so wollte man sich auf Unterricht im Deutschen, Lateinischen, Französischen und in Arithmetik beschränken und die übrigen Lehrfächer bis zum Eintritt der beiden anderen Lehrer unberücksichtigt lassen. Für die Woche waren 30 Lehrstunden angesetzt, der Donnerstag blieb von Unterricht frei. Die Leitung der Schule wurde dem katholischen Pfarrer Fuhr und dem evangelischen Pfarrer Reinhardt übertragen. Als zweite Lehrkraft konnte noch vor Eröffnung des Unterrichts der Geistliche Ruland gewonnen werden. Die Gehälter der beiden zuerst angestellten Lehrer wurden auf je 1200 Frks. bemessen. Die Regierung verlangte den gleichen Betrag auch für den dritten Lehrer Hasselbach, der erst mit Beginn Oktober den Dienst antreten konnte. Indes der Stadtrat glaubte nicht mehr als 1000 Frks. bewilligen zu können, um nicht die von vornherein gezogene Grenze allzu sehr zu überschreiten. Am 19. Mai machte der Landrat von Bülow in einer an sämtliche Bürgermeister des Kreises gerichteten Verfügung darauf aufmerksam, daß die Stadtschule am 1. Juni den Unterricht eröffnen werde.

Die allgemeine Stadtschule 1818—1862.

Am 1. Juni 1818 wurde die allgemeine Stadtschule mit 35 Schülern in zwei Klassen, darunter 10 in der ersten, eröffnet. Über die Bedeutung und den Zweck der Stadtschule erhalten wir eingehende Auskunft in der Einladung zu einer öffentlichen Prüfung, die am 20. September 1821 auf dem Rathause abgehalten wurde. Die allgemeinen

Stadtschulen sind nicht Vorbereitungsschulen für den Gelehrten, in denen junge Leute, die sich ganz den Wissenschaften widmen wollen, zur Universität reifen. Sie sollen vielmehr, wie ihr Name sagt, der Allgemeinheit dienen. Sich an den Elementarunterricht anschliessend, geben sie allen Eltern, welche wünschen, daß ihre Söhne mehr Kenntnisse in allgemein nützlichen Dingen erhalten, als die Elementarschulen gewähren können, die Gelegenheit, diesen Wunsch zu erfüllen. Der Zweck der Schule ist, nach Abschluß des Elementarunterrichts den Knaben für jeden Stand des bürgerlichen Lebens eine größere Bildung zu vermitteln, damit er nicht sein Leben in rein mechanischer Tätigkeit verbringt, sondern sich für seine geistigen Fähigkeiten einen edleren weiteren Wirkungskreis verschaffen kann. Aus den Stadtschulen müssen mit der Zeit Männer hervorgehen, die vermöge ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten brauchbar für manche Geschäfte des öffentlichen Lebens werden und durch ein besseres Beispiel und wohlthätiges Einwirken auf ihre Mitmenschen das Gemeinwohl befördern. Nach diesen Grundsätzen sollte man erwarten, daß die Stadtschule sich dem Lehrplane der höheren Bürgerschulen angeschlossen habe. Allein der lateinische Unterricht spielt eine große Rolle. Auf der unteren Klasse werden die Formenlehre und die Grundregeln der Syntax behandelt. Die obere Klasse ist im Lateinischen sogar in 2 Abteilungen geteilt. Die eine hat die Einübung der Syntax zur Aufgabe, in der zweiten werden diese syntaktischen Übungen fortgesetzt und ausgewählte Stellen aus Cornelius Nepos, Justinus und Florus gelesen, im wesentlichen also wird die Aufgabe erledigt, die früher dem lateinischen Unterricht in Quarta zufiel. Während hier nun ein gewisser Anschluß an den ältesten Lehrplan der Gymnasien vom Jahre 1816 gesucht wird, weicht die Lehrverfassung der Schule insofern auffallend davon ab, als sie schon auf der untersten Klasse das Französische einführt. In den Gymnasien wurde das Französische erst durch den Lehrplan vom Jahre 1837

als Unterrichtsgegenstand aufgenommen. Die Realschule betrieb in Sexta auch Latein, begann aber mit dem Französischen in Quinta. Die höhere Bürgerschule eröffnete in Sexta den fremdsprachlichen Unterricht mit dem Französischen. Keine der verschiedenen Schularten aber verlegte den Anfang der beiden Fremdsprachen in die unterste Klasse. Für diejenigen Schüler der Stadtschule, die sich keinem wissenschaftlichen Berufe widmen sollten, war das Lateinische ziemlich zwecklos, diejenigen aber, die später an ein Gymnasium übergehen wollten, hätten besser statt des Französischen einen eingehenderen Unterricht in der alten Sprache genossen. Die Anfangsgründe der Planimetrie, die nach dem Lehrplane der Gymnasien zum Lehrstoff der Quarta gehören, behandelte die Stadtschule auf der unteren Klasse. Schon gleich bei der Aufnahme der ersten Schüler muß es wohl an der erforderlichen Sorgfalt gefehlt haben. Vor allem scheinen Schüler aufgenommen zu sein, die noch keine abgeschlossene Elementarbildung besaßen und somit der hinreichenden Vorbildung entbehrten. Hierauf deutet vor allem der große Altersunterschied hin, der unter den Schülern derselben Klasse hervortritt. Die großen Hoffnungen, die in den Kreisen der Bürger auf die Erneuerung der höheren Schule gesetzt worden waren, erfüllten sich nicht. Von vornherein hatte man eine größere Einnahme aus dem Schulgelde erwartet, zumal da die Ausbesserung der von der Regierung überwiesenen Schulgebäude und ihre Einrichtung große Anforderungen an die Stadtkasse gestellt hatte. Schon im November 1818 drängte der Lehrer Hengers auf einen ausgedehnteren Lateinunterricht und versprach sich davon eine Zunahme der Schüler. Als die Anstalt ein Jahr bestanden hatte, berichtete im Juli 1819 der Bürgermeister Brewer an die Regierung, die Stadtschule werde wegen der großen Unkosten für die Stadt eingehen, wenn nicht die Zahl der Schüler wachse oder der Zuschuß des Staates erhöht werde. Es ist nicht anzunehmen, daß wirklich die Absicht bestanden habe, die eben ins Leben getretene Schule eingehen zu lassen, sondern man glaubte,

auf diese Weise größeren Eindruck auf die Regierung zu machen und vielleicht auch eher die Rückgabe der früher erwähnten Schulgüter oder wenigstens die Auszahlung des beim Verkauf erzielten Erlöses zu erreichen. Obwohl die Regierung keine größere Beihilfe für die Schule leisten konnte, verlangte sie doch von der Stadt die Aufrechterhaltung der auf ihren Wunsch errichteten Anstalt, zumal noch die Möglichkeit bestand die ehemaligen Schulgüter wiederzuerhalten. Wie wenig sich die Lage der Schule in den folgenden Jahren besserte, geht daraus hervor daß die Regierung zu Anfang des Jahres 1821 den Pfarrer und Kreisschulinspektor Kaulen in Eschweiler damit beauftragte, eine Untersuchung über den Verfall der Stadtschule anzustellen. Die Hauptschuld an dem geringen Besuche wurde den auf einzelnen Ortschaften bestehenden sogenannten wissenschaftlichen Winkelschulen beigelegt, auf denen junge Leute für die mittleren Klassen des Gymnasiums vorgebildet wurden. Es unterliegt indes keinem Zweifel, daß die Stadtschule nicht besonders glücklich eingerichtet war. Auch tritt als Mangel hervor, daß die Leitung der Schule nicht einem der angestellten Lehrer, sondern dem katholischen und evangelischen Pfarrer übertragen war. Um der Gemeindegasse Ausgaben zu ersparen, wurde für die Beschaffung der Lehrmittel nur wenig ausgegeben. Ein Verzeichnis aus dem Jahre 1823 weist außer einer lithographischen Karte von Europa und einer Weltkugel einige wenige Bücher auf. Der Mangel an Lehrmitteln war auch der Regierung nicht unbekannt geblieben, und sie erwartete eine angemessene Vermehrung im Falle einer günstigen Entscheidung des Ministeriums über die von der Stadt mittlerweile von neuem geltend gemachten Ansprüche auf die Jesuitengüter. Ein Aufblühen der Stadtschule erwartete der evangelische Pfarrer Reinhardt von einer Vereinigung mit der Volksschule des Lehrers Fischer. Nach einem von ihm entworfenen Plane sollte die Schule in Zukunft 4 Klassen umfassen. In der untersten wird noch keine Fremdsprache gelehrt, in der 3. Klasse wird

in 3 Stunden lateinischer Unterricht erteilt, in den beiden oberen Klassen werden je 7 St. auf Latein, je 3 St. auf Französisch, je 6 St. auf Mathematik, und in der ersten außerdem noch 5 St. auf das Griechische verwandt. Die Erweiterung der Schule sollte mit einer größeren Zahl Schüler auch eine Erhöhung der Einnahmen bringen. Auch glaubte man auf diese Weise eine gleichmäßigere Vorbildung der Schüler zu erreichen, und die Bildung verschiedener Abteilungen in einer Klasse konnte vermieden werden. Da die Regierung zu Aachen sich mit der von der städtischen Verwaltung gewünschten Änderung einverstanden erklärte, erfolgte im Herbst 1825 die Verschmelzung der beiden Schulen. Der Lehrer Fischer gehörte von dem Zeitpunkte ab zu den Lehrern der Stadtschule. Die Zahl der Schüler wuchs von 25 auf 80 und betrug einige Jahre mehr als 100. An Schulgeld wurde in den einzelnen Klassen vierteljährlich der Betrag von 2 Thlrn. 15 Sgr., 2 Thlrn., 1 Thlr. 6 Sgr. und 24 Sgr. erhoben. Auf jeden Fall erwuchs aus dem Schulgeld eine größere Einnahme. Indes entstand aus der Zunahme der Schüler eine neue Schwierigkeit. Zunächst war es nicht leicht, die große Zahl überhaupt unterzubringen. Sodann lassen einige Verfügungen der Regierung darauf schließen, daß die Schulzimmer in schlechtem Zustande waren, auch machte sich der Mangel an Lehrmitteln unangenehm fühlbar, so daß die Rektoren sich genötigt sahen, darauf hinzuweisen. Um der Schule größere Mittel zu sichern, suchte der Bürgermeister den ganzen Kreis zur Beisteuer i. J. 1831 heranzuziehen. Im Gegensatze zu früheren Veröffentlichungen wies er darauf hin, daß die Stadtschule den Zweck habe, Knaben, welche sich dem gelehrten Stande widmen wollten, für die Tertia eines Gymnasiums vorzubereiten und zugleich denen, welche nicht gesonnen seien, eine höhere Schule zu besuchen, ein gewisses Ganzes in wissenschaftlichen Fächern wie Mathematik, Geographie, Geschichte und Naturwissenschaft zu geben. Die Bemühungen den Kreis zur Unterstützung der Stadtschule heranzuziehen, mißlangen.

Obwohl die Schülerzahl i. J. 1836/37 noch 84 betrug, entschloß die städtische Verwaltung sich, mit dem Jahre 1838 die Vereinigung der beiden Schulen aufzuheben. Die Stadtschule wurde wieder auf 2 Klassen zurückgeführt, aber das Unterrichtsziel, die Vorbereitung für die Tertia eines Gymnasiums, blieb bestehen. Die beiden Klassen wurden im Lateinischen in 2 Abteilungen geteilt, und zwar wurden für dieses Unterrichtsfach je 5 St. angesetzt. Der deutsche Unterricht wurde mit je 8, die Mathematik mit je 6 St., das Französische mit je 4 St. und das Griechische in der ersten Klasse mit 2 St. bedacht. Der Unterrichtsplan erweckt gewisse Bedenken, wenn er mit dem Normallehrplan der Gymnasien von 1837 verglichen wird. Vor allem aber mußte die Trennung der Klassen in Abteilungen auf den Unterrichtsbetrieb nachteilig einwirken. In der Verwaltung der Schule machte sich der Mangel eines Rektors bemerkbar, der das Ganze überwachte. Die Schülerzahl, die im Jahre 1838 28 betrug, nahm nicht erheblich zu. Der Grund für den unzulänglichen Besuch wurde von der einen Seite auf die geringe Stundenzahl zurückgeführt, die dem Lateinischen im Verhältnis zum Gymnasium zugewiesen war. Andererseits schien das allgemeine Interesse die Umgestaltung der Stadtschule in eine Realschule zu verlangen, da nur der sechste Teil der Schüler sich höheren Studien gewidmet hatte. Um eine Besserung herbeizuführen, verlangte die Regierung die Anstellung eines Rektors, der instande sei den Unterricht in sämtlichen Fächern zu beurteilen und zu beaufsichtigen. Auch regte sie die Bildung eines Kuratoriums an, dem die geschäftliche Leitung der Anstalt übertragen werden sollte. Von der Einsetzung eines Rektors wurde wegen der Schwierigkeiten, die in den Persönlichkeiten der Lehrer lagen, abgesehen. Das Kuratorium dagegen kam 1840 zustande und wurde zusammengesetzt aus dem Bürgermeister, den beiden ersten Geistlichen der beiden Konfessionen und zwei Mitgliedern der Bürgerschaft. Eine größere Zahl von Schülern wurde trotzdem nicht gewonnen. Im Gegenteil,

die Schule verlor immer mehr Zöglinge und zählte deren im Jahre 1842 nur 25. Ein Übelstand war auch, daß beim Ausscheiden eines geistlichen Lehrers im Schuljahr 1841/42 dessen Stelle längere Zeit unbesetzt blieb und sich die beiden anderen Lehrer in seinen Unterricht teilten. Infolgedessen wurde schon die Frage angeregt, ob nicht die dritte Lehrerstelle am zweckmäßigsten eingezogen werde. Die Störung im Unterrichtsbetrieb verschlimmerte sich, als der an der Anstalt angestellte Kaplan von Berg im Jahre 1848 als Mitglied der Kammer Aufenthalt in Berlin nahm. Es bedurfte umständlicher Verhandlungen, ehe seine Vertretung durch die beiden anderen Lehrer geregelt wurde. Indes stellte es sich bald heraus, daß diese Aufgabe ihre Kräfte überstieg.

Erfreulicherweise war es mittlerweile der Stadt gelungen, ihre Ansprüche auf einen Teil der inzwischen veräußerten Jesuitengüter nachzuweisen. Infolgedessen wurde ihr im ganzen gemäß einer Verfügung der Regierung vom Jahre 1846 der Betrag von 3290 Thln. als Entschädigung ausbezahlt. Trotzdem aber erfuhr die Sammlung der Lehrmittel eine außerordentlich geringfügige Vermehrung.

Die durch häufiges Fehlen einer Lehrkraft im Unterricht verursachte Unregelmäßigkeit machte sich in den Unterrichtsergebnissen bemerkbar. Der Erfolg blieb weit hinter den Erwartungen zurück, und in der Bürgerschaft wurde eine Strömung gegen die Schule lebendig. Von den wenigen Schülern nahmen nur zwei Drittel an dem Unterricht in den alten Sprachen teil. Das Kuratorium war der Ansicht, daß nur durch eine völlige Umgestaltung und Erneuerung der Schule eine Besserung der Verhältnisse erzielt werden könne. Als es im September 1848 im Gemeinderat zur Abstimmung über das weitere Bestehen der Stadtschule kam, erklärten sich von 12 Mitgliedern 6 für die gänzliche Aufhebung. Die Stimme des Vorsitzenden, des Bürgermeisters Jungbluth, gab den Ausschlag und sicherte zunächst noch einmal die Fortdauer der Anstalt. In der Bürgerschaft wurden freilich auch viele

Stimmen laut, die sich gegen die Aufhebung der Schule aussprachen. Es war zweifelhaft, ob nach Auflösung der bestehenden eine neue Anstalt an ihre Stelle treten werde. Vor allem stand es nicht fest, ob nicht die Regierung Schwierigkeiten erheben und die Zahlung des Zuschusses in der Höhe von 262 Thln. 15 Sgr. einstellen werde. Die Offiziere und Beamten fürchteten, mit dem Eingehen der Schule jede Gelegenheit zu verlieren ihren Kindern an Ort und Stelle eine höhere Bildung zu verschaffen. Deshalb suchte der Kommandant der Festung in ihrem Interesse auf eine Umgestaltung hinzuwirken. In der Bürgerschaft aber wurde es gerade unliebsam empfunden, daß die Schule hauptsächlich von Söhnen der Offiziere und Beamten besucht werde, die zu den Gemeindelasten nichts beitrugen. Als im folgenden Jahre der Gemeinderat sich nochmals mit der Frage der Auflösung der Anstalt beschäftigte, kam wieder eine starke Abneigung gegen diese zum Ausdruck. Man hielt es für zwecklos, eine Schule zu unterstützen, die den Bedürfnissen so wenig entspreche und in den letzten Jahren keinen Schüler zu einem Gymnasium entsandt habe. Zudem wurden alljährlich so hohe Zuschüsse aus Gemeindemitteln verlangt, daß die Aufbringung der ohnehin stark belasteten Stadt schwer fiel. Die Mehrheit stimmte für die Aufhebung der Stadtschule in der bisherigen Form, behielt sich indes eine Umgestaltung nach dem Muster der höheren Bürgerschulen vor. Der Aufhebungsbeschluß wurde von der Regierung bestätigt, die es der Stadt überließ, sich mit den Lehrern auseinanderzusetzen. Im April 1850 ging die Schule ein, die nur noch 22 Schüler zählte. Indes entschlossen sich 2 Lehrer, der Kandidat Krupp und der Kaplan Scharrenbroich, den Unterricht im Einverständnis mit der städtischen Verwaltung weiterzuführen, wobei sie das eingehende Schulgeld als Entschädigung für ihre Bemühungen erhielten.

Um bei der geplanten Neueinrichtung der Schule nicht fehl zu gehen, wurde im Gemeinderat beschlossen, Gutachten erfahrener Schulmänner einzuholen. Und zwar schienen der Gymnasialdirektor Dr. Meiring in Düren und Dr. Kribben,

Direktor der höheren Bürger-Provinzial-Gewerbeschule in Aachen, hierzu geeignete Persönlichkeiten zu sein. Im Juni 1850 legte Dr. Meiring den von ihm entworfenen Plan für die Gestaltung der neuen Schule vor. Dem inneren und äußeren Gedeihen der Anstalt kann es nach seiner Ansicht nur förderlich sein, wenn sie den bestimmten Charakter eines Progymnasiums annimmt. Mag auch wegen der örtlichen Bedürfnisse eine reale Bildung zu erstreben sein, so muß doch das Progymnasium entschieden vorwiegen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Realbildung hinter dem vorgesteckten Ziele zurückbleibt. Andernfalls ist eine Mangelhaftigkeit nach beiden Seiten hin zu befürchten. Die Anstalt muß aus 4 getrennten Klassen bestehen, durch eine Kombination im ganzen oder auch nur in den Hauptfächern wird die Weiterbildung der Schüler gefährdet. In den technischen Fächern, in Religion, Naturbeschreibung und Rechnen auf der Unterstufe kann eine Vereinigung als zulässig erachtet werden. Von dem Leiter der Anstalt muß neben wissenschaftlicher Befähigung besonders in den alten Sprachen pädagogische Einsicht und Tüchtigkeit erwartet werden. Eine gründliche philologische Bildung ist notwendig, weil sich darin die Tendenz der Anstalt aussprechen muß. Sein Verhältnis zu den Lehrern und seine Stellung zum Kuratorium ist durch eine besondere Dienstinstruktion zu regeln, in den inneren Angelegenheiten darf er durch das Kuratorium nicht beengt sein. In dem Plane wird von Quarta ab eine Trennung der Schüler nach der gymnasialen und realen Seite vorgesehen. Die Realschüler erhalten zum Ersatz für das Griechische und 2 Lateinstunden in Quarta 3 St. Französisch, 2 St. Rechnen und 1 St. Schönschreiben, in Tertia 3 St. Englisch. Im Gegensatz zu Gymnasialdirektor Dr. Meiring spricht sich Pfarrer Thoenissen in Selgersdorf, dessen Rat auch eingeholt war, weil er früher als Rektor der Realschule in Malmedy vorgestanden hatte, für eine stärkere Betonung der Realfächer aus. Auch wünscht er, daß dem Französischen mehr Stunden eingeräumt werden, weil die Zeiten des Lateinischen

und Griechischen nach seiner Ansicht vorüber sind und man der neuen Richtung zu folgen schuldig ist. Um den Zweck der Realschule zu erreichen, empfiehlt er, einen tüchtigen Mathematiker, der zugleich der französischen Sprache mächtig ist, zum Konrektor zu machen. Der Plan des Gymnasialdirektors Dr. Meiring nebst den Vorschlägen des Pfarrers Thoenissen wurde der Regierung unterbreitet. Sie erkannte das Bedürfnis einer höheren Schule an und erklärte sich auch bereit den Zuschuß weiter zu zahlen. Indes glaubte sie in dem Plane des Direktors Meiring zu wenig das Interesse des mittleren Bürger- und Bauernstandes berücksichtigt, der für seine Kinder eine Bildung wünsche, die sie ihrem Stande nicht entfremde, sondern ihnen eine intelligentere Auffassung ihres künftigen Berufs erst recht ermögliche. Diejenigen, die ihren Kindern eine eigentliche gelehrte Bildung zu geben wünschten, verdienten nicht die gleiche Berücksichtigung, weil sie in der Minderheit seien. Deshalb schlug die Regierung vor, den Unterricht in den Realfächern in den Vordergrund zu stellen und von den Gymnasialfächern nur das Lateinische in den Lehrplan aufzunehmen, so daß Zöglinge, die sich einer gelehrten Fachbildung zu widmen wünschten, zur Quarta eines Gymnasiums entlassen werden könnten. Zur weiteren Begründung ihres Vorschlages brachte die Regierung vor, daß nach den zuletzt gemachten Erfahrungen die Befähigung vieler Gewerbetreibenden den an ihren Beruf zu stellenden Anforderungen nicht gewachsen sei, vor allem treffe dies bei den Bauhandwerkern auf dem platten Lande zu, denen eine tüchtige Ausbildung zugänglich gemacht werden müsse.

Während im Gemeinderate bei der Auflösung der Stadtschule mehr Vorliebe für eine Realschule zu herrschen schien, entschied sich nunmehr die städtische Verwaltung für eine progymnasiale Anstalt, wobei die Realfächer eine Verstärkung erfahren sollten. Und die Regierung gab schließlich die Genehmigung zur Errichtung einer Schule mit dem Charakter eines Progymnasiums unter angemessener Berücksichtigung der Realschulfächer. Für die Rektor-

stelle wurde ein katholischer Geistlicher in Aussicht genommen, der zur Erhöhung seiner Einnahmen an dem sonntäglichen Kirchendienst teilnehmen und dafür auch Gehalt aus der Kirchenkasse beziehen sollte. Als geeignete Persönlichkeit für die Leitung der Schule wurde der Regierung der Geistliche Dr. phil. Rudolf Wolter vorgeschlagen. Außer dem Rektor schienen noch 3 Lehrkräfte erforderlich, und zwar traten die früher an der allgemeinen Stadtschule tätig gewesenenen Lehrer Krupp, Pleuß und Scharrenbroich auch in den Dienst der neuen Schule.

Am 15. Oktober 1850 wurde die Anstalt mit 38 Schülern in 2 Klassen eröffnet. Ostern 1851 wurde die Quarta angegliedert, die 11 Schüler zählte, und im folgenden Jahre kam die Tertia hinzu. Die neue Schule besaß gegenüber der alten zunächst in der Begründung der Rektorstelle einen großen Vorzug. Auch war für die Erteilung des Unterrichts in den Hauptfächern im ganzen besser gesorgt. Immerhin aber mußten Quarta und Untertertia im Deutschen, Französischen, in Religion, Geschichte, Erdkunde, Naturkunde, Sexta und Quinta in Religion, Rechnen, Geschichte, Erdkunde und Naturkunde vereinigt werden. Während nach dem Lehrplan der Gymnasien von 1837 dem Lateinischen in den vier unteren Klassen je 10 St. zufallen, wurden in der neuen Anstalt in Sexta, Quinta und Quarta je 7, in Tertia 6 St. für dieses Fach angesetzt, auf das Griechische wurde in Quarta und Tertia nur die Hälfte der an gymnasialen Schulen festgesetzten Zeit verwandt. Wie in Realschulen wurde mit dem Französischen schon in Sexta begonnen. So mußten die Schüler schon im ersten Schuljahre in 2 Fremdsprachen eingeführt werden, eine Aufgabe, die ohne Zweifel zu schwierig war. Außerdem war Gelegenheit geboten, von Quarta ab in 2 Wochenstunden Englisch zu lernen.

Bei der Aufhebung der Stadtschule hatte man geglaubt, es werde gelingen, für die neu zu gründende Anstalt neue Lehrkräfte zu gewinnen. Aber abgesehen von dem Rektor waren die früher an der Stadtschule beschäftigten Lehrer

auch sämtlich an der neuen Anstalt tätig. Daß diese meist den wissenschaftlichen Anforderungen nicht entsprachen, die an die Lehrer berechtigter Anstalten zu stellen waren, hob die Regierung in einer Verfügung ausdrücklich hervor, in der sie den Namen Progymnasium für die Jülicher Anstalt als unzutreffend bezeichnete. Die Zahl der Schüler nahm mit jedem Halbjahre zu. Auf jeden Fall war der richtige Mann mit der Leitung betraut worden. Aber gerade in einer Zeit, wo eine ständige zielbewußte Leitung für die Anstalt ein Bedürfnis war, trat ein Wechsel ein. Rektor Dr. Wolter gab Ostern 1854 seine Tätigkeit in Jülich auf, um an die Domschule in Aachen überzusiedeln.¹⁾

Besonders nachteilig mußte es wirken, daß die Rektorstelle während des Sommersemesters 1854 unbesetzt blieb. Am 10. Oktober erst wurde ein neuer Rektor in der Person des Dr. theol. von Essen eingeführt, der bis dahin in Köln Kaplan gewesen war. Leider fehlte ihm die für das Amt unerläßliche philologische Vorbildung, und man übertrug ihm die Stelle in der Voraussetzung, daß er sich noch der Staatsprüfung für das höhere Lehramt unterziehen werde. Mittlerweile war das Lehrerkollegium durch einen Hilfslehrer verstärkt worden. Während in der früheren Zeit alljährlich gegen Ende des Schuljahres eine gedruckte Einladung zur Teilnahme an der regelmäßig veranstalteten öffentlichen Prüfung an die Behörden, die Eltern der Zöglinge und Freunde des Schulwesens ergangen war, veröffentlichte der Rektor Dr. von Essen im Herbst 1855 zum erstenmal einen größeren Jahresbericht. Er enthielt eine Abhandlung, historische Studien betitelt, die mit der ältesten Geschichte von Jülich beginnend hauptsächlich die Zeit (912—1336) behandelt, in der Jülich unter der Herrschaft der Grafen stand. Die Anstalt wurde in dem erwähnten Jahre noch von 84 Schülern besucht. Es fällt

¹⁾ Nachdem er 1856 Benediktiner in St. Paul zu Rom geworden war, eröffnete er im Jahre 1863 das Priorat in Beuron. 1868 zum Abt und 1884 zum Erzabt erhoben, entfaltete er eine segensreiche Tätigkeit für den Orden und starb im Jahre 1890 zu Beuron.

auf, daß in Tertia neben Cäsars gallischem Krieg und Ovid auch schon ausgewählte Abschnitte aus Livius und Vergil gelesen wurden. Die Räumlichkeiten, in denen die Klassen untergebracht waren, paßten wenig für eine höhere Schule. Allerhand Unzuträglichkeiten wurden dadurch verursacht, daß noch 3 Klassen der Volksschule in demselben Hause ihre Schulräume hatten. Die Sexta war von den übrigen Klassen weit getrennt, so daß Regierungspräsident Kühlwetter gelegentlich eines Besuches zu Anfang des Jahres 1855 scherzend äußerte, es bedürfe wahrhaft geographischer Kenntnisse, um den Weg von Sexta nach Quinta zu finden.

In dem Jahresberichte 1855/56 lieferte der Rektor eine Fortsetzung der historischen Studien, worin er die Geschichte Jülichs bis zum Jahre 1423 weiterführte. Die Schülerzahl hatte sich um 17 gegenüber dem vorhergehenden Jahre verringert. Im Jahre 1856 beschloß das Kuratorium, sich mehrmals im Laufe des Jahres durch Besuch des Unterrichts von dem Standpunkte der Schule und der einzelnen Klassen Einsicht zu verschaffen. Dieser Beschluß war nicht dazu angetan, das Ansehen des Lehrerkollegiums zu heben, und zwar um so weniger, weil nicht einmal der Rektor dem Kuratorium angehörte, das in seiner früher erwähnten Zusammensetzung bestehen geblieben war. Der folgende Jahresbericht brachte den letzten Teil der historischen Studien, die mit der Vereinigung der Länder Jülich, Kleve, Berg, Mark, Ravensberg u. s. w. unter einem Herrscher im Jahre 1511 abschlossen.

Im Schuljahre 1857/58 verfügte die Regierung eine Änderung in der Zusammensetzung des Kuratoriums und half einem längst von dem Lehrerkollegium empfundenen Übelstande ab. Sie ordnete nämlich an, daß in Zukunft der jedesmalige Rektor dem Kuratorium angehören und statt zweier Vertreter der Bürgerschaft nur einer in dieser Körperschaft Sitz und Stimme haben solle. Die Regierung behielt sich das Recht vor, dieses Mitglied aus 3 Kandidaten, die von der Stadtverordnetenversammlung vorge schlagen wurden, auf 3 Jahre zu ernennen. Notar Scheuer

war der erste, der von der Regierung zum Mitgliede des Kuratoriums bestimmt wurde. Sonst trat keine Änderung in der Zusammensetzung ein.

Die Schulräume, die infolge ihrer Lage teilweise nicht einmal das Öffnen der Fenster gestatteten, boten inzwischen so große Übelstände, daß der Rektor sie in dem Jahresbericht hervorheben zu müssen glaubte, weil die bisherigen Bemühungen Abhilfe zu schaffen erfolglos geblieben waren. Im folgenden Berichte 1858/59 teilt er mit, daß nunmehr eine Besserung zu erwarten sei. Der Stadtrat hatte nämlich beschlossen durch einen Neubau angemessene Räumlichkeiten zu beschaffen und die bisher benutzten Schulzimmer als Rektorwohnung einzurichten. In dem nämlichen Schuljahre trat auch eine Änderung im Lehrplane ein, der Anfang des Französischen wurde von Sexta nach Quinta, der des Englischen von Quarta nach Tertia verlegt. Die Schülerzahl war wieder gesunken, nur 55 Schüler besuchten die Anstalt, und zwar 12 in Tertia, 15 in Quarta, je 14 in Quinta und Sexta. Für das Jahr 1859/60 liegt kein Jahresbericht vor. Der Grund ist darin zu suchen, daß schon wieder in der Person des Rektors ein Wechsel eintrat. Rektor Dr. von Essen sah sich außerstande die von ihm bei Antritt des Amtes verlangte Prüfung für das höhere Lehrfach abzulegen und kündigte seine Stellung. Die Kündigung wurde im Oktober 1859 gutgeheißen und zu seinem Nachfolger der vorher in Culm als Gymnasialoberlehrer tätig gewesene Dr. Besse vom Kuratorium ausersuchen, dessen Wahl im Mai 1860 von der Behörde bestätigt wurde. Damals wurde auch der Stadt durch Schleifung der Festungswerke die lang entbehrte Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung gegeben.

Obwohl die Schülerzahl nicht zunahm — der Jahresbericht verzeichnet für das Wintersemester 47, für das Sommersemester 54 Schüler — so wurde doch mit Beginn des Schuljahres 1860 die fünfte Klasse, die Sekunda, errichtet, die 8 Schüler zählte. Man erwartete nämlich eine Besserung der Verhältnisse, wenn sich die Erhebung der

Stadtschule zu einem Progymnasium ermöglichen ließ, das zur Erteilung der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst berechtigt war. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde der Lehrplan der Gymnasien zu Grunde gelegt, zu dessen Durchführung 2 neue Lehrkräfte erforderlich waren. Auffallend ist, daß im Dezember 1860 aus dem Schoße des Kuratoriums der Antrag an die Regierung gerichtet wurde, den Rektor als ständiges Mitglied aus dem Kuratorium zu entfernen und ihm nur in besonderen Fällen eine beratende Stimme zu geben. Die Regierung wollte jedoch von einer solchen Änderung in der Zusammensetzung des Kuratoriums nichts wissen, da sie dem Interesse der Anstalt nicht förderlich sein konnte und die Berufsfreudigkeit des Rektors schwächen mußte. Am Schlusse des Wintersemesters 1860/61 war die Umgestaltung der Schule soweit gediehen, daß das Kuratorium und die Stadtvertretung den Antrag auf Erhebung der Anstalt zum Progymnasium an das Ministerium richten zu dürfen glaubten. Das Gesuch fand keine ungünstige Aufnahme, es wurde jedoch vorher noch die Bedingung erhoben, daß die Lehrer endgültig angestellt und die Pensionsverhältnisse nach den für höhere Schulen geltenden Bestimmungen geregelt würden. Diese Bedingungen wurden von der städtischen Vertretung ohne Schwierigkeit erfüllt. Und ehe noch das Progymnasium eingerichtet war, ließ das Kuratorium und besonders sein Vorsitzender, der schon genannte Bürgermeister Jungbluth, deutlich erkennen, daß sie sich mit dieser Errungenschaft nicht begnügen, sondern die Gründung eines Gymnasiums anstreben wollten, weil durch eine solche Anstalt ein wesentliches Bedürfnis der Stadt und der Gegend befriedigt werde.

Die Lehrmittel erfuhren eine starke Vermehrung durch den Ertrag der von dem Rektor gehaltenen öffentlichen Vorträge, wobei eine Einnahme von 100 Thlrn. erzielt wurde. Im folgenden Schuljahre wurde bereits die Obersekunda angegliedert, die freilich mit Untersekunda vereinigt blieb. Die Schülerzahl war auf 75 gewachsen, von denen 13 der

Sekunda angehörten. Mit Beginn des Schuljahres war eine Vermehrung der Lehrkräfte eingetreten. Das Lehrerkollegium umfaßte 7 vollbeschäftigte Lehrkräfte, außerdem war noch ein evangelischer Pfarrer mit Erteilung von Religionsunterricht beauftragt. Die Turnübungen wurden von einem Sergeanten geleitet.

Im März 1862 unterzog der Provinzialschulrat Dr. Lucas im Auftrage des Ministers die Anstalt einer eingehenden Besichtigung. Im Anschlusse daran stellte das Ministerium noch einige Forderungen inbetreff der Höhe und Abstufung der Lehrergehälter, der Beschaffung von Lehrmitteln und der für ihre Aufbewahrung nötigen Räume sowie der Umgestaltung des Lehrerkollegiums, und vor allem verlangte es, daß die städtische Vertretung sich zur Leistung des erforderlichen Zuschusses ohne Einschränkung bereit erklärte. Das Kuratorium und die Gemeindevertretung waren gewillt, auf die vom Ministerium gestellten Bedingungen einzugehen. Am 6. Oktober 1862 wurde durch Ministerialerlaß die Anstalt als Progymnasium anerkannt und ihr das Recht verliehen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst berechtigende Zeugnisse auszustellen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Hauptverdienst an dieser für die Stadt und ihre Umgebung so wichtigen Errungenschaft den unermüdlichen Bestrebungen des Bürgermeisters Jungbluth beizumessen ist. Sein Verdienst fand auch allgemeine Anerkennung in den Kreisen der Bürgerschaft, wie es deutlich ein Fackelzug beweist, der ihm zu Ehren im Juli 1861 veranstaltet wurde, als die Einrichtung des Progymnasiums gesichert erschien.

Dem bisherigen Leiter der Anstalt wurde die für den Schluß des Schuljahres erbetene Entlassung aus seiner Stellung erteilt und durch Beschluß des Kuratoriums vom 18. August 1862 Dr. Joseph Kuhl, der bis zu diesem Zeitpunkte als ordentlicher Lehrer an dem Gymnasium zu Düsseldorf gewirkt hatte, zu seinem Nachfolger bestellt. Mit ihrer Erhebung zum Progymnasium ging die Anstalt in den Geschäftskreis des Provinzialschulkollegiums zu

Coblenz über. Von dieser Behörde erhielt das Kuratorium die Weisung, möglichst bald ein den Verhältnissen der Anstalt entsprechendes Statut zur Genehmigung vorzulegen. Kaum war der Ausbau der Anstalt zum Progymnasium gesichert, als der Vorsitzende des Kuratoriums auch schon die Angliederung der Prima erstrebte. Indes machte der ihm befreundete Provinzialschulrat Dr. Lucas in einem Schreiben vom 19. August 1862 darauf aufmerksam, daß er es für bedenklich halte, schon im Herbst die Prima einzurichten, da die Schule sich allmählich entwickeln müsse und zu ihrer festeren Begründung einer Übergangsperiode bedürfe.

Das Progymnasium und Gymnasium 1862–1912.

Rektor Dr. Kuhl eröffnete am 9. Oktober 1862 das erste Schuljahr des Progymnasiums mit 80 Schülern, davon waren 8 in Sekunda, 7 in Tertia, je 21 in Quarta und Quinta und 23 in Sexta. Das Lehrerkollegium umfaßte 7 vollbeschäftigte Lehrkräfte, außerdem wurde ein evangelischer Pfarrer zur Erteilung von Religionsunterricht, ein Elementarlehrer zur Leitung des Gesangunterrichts und ein Sergeant für die Turnübungen herangezogen. Von den vollbeschäftigten Lehrern waren von vornherein außer dem Rektor nur zwei, die bereits der Stadtschule angehört hatten, fest angestellt. Und als mit Ablauf des ersten Jahres der Lehrer Pleuß nach vierzigjähriger Tätigkeit an der Anstalt in den Ruhestand trat, verfügte diese nur noch über einen endgültig angestellten Lehrer. Das Kuratorium hatte also sein Augenmerk darauf zu richten, geeignete Lehrkräfte zu gewinnen. Aber es vergingen mehrere Jahre, ehe sämtliche Lehrerstellen endgültig besetzt werden konnten. Der Unterricht wurde, soweit dies nicht schon geschehen war, genau nach dem Lehrplane der Gymnasien eingerichtet. Als Grundlage für die Verwaltung des Progymnasiums wurde ein besonderes Statut entworfen, das

im Juni 1863 die Genehmigung des Provinzialschulkollegiums fand. Zunächst ist darin die Unterhaltungspflicht der Stadt Jülich festgesetzt, die für alle Ausgaben aufzukommen hat, zu deren Deckung die Einnahmen aus den Einkünften der Anstalt nicht ausreichen. Als Rektor der Anstalt kann nur ein katholischer Schulmann berufen werden. Die Vertretung des Progymnasiums fällt dem Kuratorium zu, dieses hat auch eine Art Lokalaufsicht im Namen der Stadtgemeinde zu führen, soweit sie nicht dem Rektor übertragen ist. Das Kuratorium besteht aus dem jedesmaligen Bürgermeister, dem katholischen Oberpfarrer, einem der beiden evangelischen Stadtpfarrer, den die Körperschaft selbst zu wählen hat, dem Rektor der Anstalt und zwei von der Gemeindevertretung zu bestimmenden Mitgliedern. Diese Zusammensetzung erfuhr zunächst im Jahre 1876 dadurch eine Änderung, daß der jedesmalige Landrat zum Kompatronatskommissar bestellt wurde. Außerdem schieden im Jahre 1877 die Pfarrer der beiden Konfessionen aus, dafür hatte die Gemeindevertretung fortan drei Mitglieder zu ernennen, von denen eins dem evangelischen Bekenntnis angehören mußte.

Die Leitung des Kuratoriums liegt dem Bürgermeister ob. Die Wahl des Rektors und der Lehrer ist Sache des Kuratoriums, freilich bedarf sie der Genehmigung des Provinzialschulkollegiums, das überhaupt als vorgesetzte Dienstbehörde zu betrachten ist. Die Leitung der gesamten äußeren Verhältnisse, insbesondere die Einrichtung, Unterhaltung und Ausstattung der Schulgebäude und die Verwaltung des Schulvermögens liegt beim Kuratorium. Auf die inneren Verhältnisse, namentlich Zucht und Unterricht, übt es keinen direkten Einfluß aus. Es ist aber berechtigt und verpflichtet, seine Wünsche und Bedenken auf diesem Gebiete dem Rektor oder Provinzialschulkollegium mitzuteilen. An Schulgeld für Sexta und Quinta werden 20 Thlr., für Quarta und Tertia 24, für Sekunda 30 Thlr. jährlich erhoben, außerdem hat jeder Schüler 2 Thlr. 15 Sgr. Heizungsgeld und 1 Thlr. 10 Sgr. für den Turnunterricht zu entrichten,

Die besondere Abgabe für Heizung und Turnunterricht fiel mit dem Schuljahre 1864 fort, dafür wurden die einzelnen Stufen des Schulgeldes auf 23, 28, 33 Thlr. erhöht. Da die Gehälter für die Lehrkräfte nicht hoch bemessen waren — für den Rektor waren 550 Thlr., für die Lehrer durchschnittlich 450 Thlr. ausgesetzt — so hatte die Stadt zu dem Schulgelde und dem staatlichen Zuschusse von 262 Thlrn. 15 Sgr. nicht mehr als 1210 Thlr. zur Deckung der Gesamtausgaben von 3271 Thlrn. beizutragen. In den ersten Jahren wurde sogar ein Überschuß erzielt, obwohl bald eine Erhöhung des Gehalts des Rektors eintrat.

Störend für den Unterrichtsbetrieb wirkte es, daß die Anstalt nicht für sich über ein eigenes Gebäude verfügte, sondern mit 3 Elementarklassen in demselben Schulhause untergebracht war. Es galt also zunächst, dem Progymnasium ein besonderes Schulgebäude zu beschaffen. Unangenehm machte sich ferner die unzureichende Ausstattung der Sammlung für Lehrmittel bemerkbar, wenn auch im ersten Jahre nach Errichtung des Progymnasiums 200 Thlr. für diesen Zweck verwendet wurden. Als Hemmnis wurde die ungleichmäßige Vorbildung und der große Altersunterschied der in Sexta eintretenden Schüler empfunden. Um die Vorbildung gleichmäßig zu gestalten, gedachte Rektor Dr. Kuhl eine Vorbereitungs-klasse einzuführen. Obwohl diese Klasse im ersten Jahresbericht angekündigt wurde, ist sie doch überhaupt niemals ins Leben getreten. Ein Nachteil für den Unterrichtsbetrieb entstand weiterhin dadurch, daß manche Eltern, die ihre Söhne von vornherein für eine höhere Klasse vorbereiten ließen, dabei fast nur Wert auf die klassischen Sprachen legten und die anderen Fächer vernachlässigten.

Der Rektor suchte den Unterrichtsbetrieb einheitlich im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen, die der Normallehrplan vom Jahre 1856 festgestellt hatte, zu gestalten. Große Sorgfalt wurde auf die fremdsprachliche Lektüre verwandt und vor allem darauf geachtet, daß die Schüler jedesmal ein klares Bild des gelesenen Schriftstellers er-

hielten. Dem Berichte über das Schuljahr 1863/64 schickte der Rektor eine Abhandlung voraus, worin er sich über die Art und Weise, wie die Schüler in der mündlichen Darstellung ihrer Gedanken geübt werden können, verbreitete. Wenn auch zu dieser Frage eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums Anregung gegeben hatte, so war dem Rektor doch aufgefallen, daß die Pflege des mündlichen Ausdrucks gerade an der von ihm geleiteten Anstalt besonderer Sorgfalt bedurfte. Er versprach sich eine Förderung der mündlichen Darstellung, wenn die Schüler der unteren Klassen in kurzen Zeitabschnitten in Gegenwart der ganzen Anstalt die auswendig gelernten Gedichte auf sagten und bei derselben Gelegenheit die Zöglinge der oberen Stufen Vorträge hielten, die sie selbst über den Mitschülern verständliche und interessante Stoffe gearbeitet hatten. Dabei sollte auf eine sorgfältige Durcharbeitung dieser Vorträge besonderer Wert gelegt und sie zuerst vom Lehrer verbessert werden. Auch von Vorträgen in lateinischer und französischer Sprache erwartete Kuhl großen Vorteil. Schon Sextaner und Quintaner mußten lateinische Fabeln vortragen, damit auf diese Weise der mündliche Gebrauch der fremden Sprache am zweckmäßigsten vorbereitet werde.

Im Bericht über das Schuljahr 1864/65 gibt der Rektor einen Auszug aus einer bei der Schlußfeier gehaltenen Rede über Schulzeugnisse und Versetzungen. Da er hervorhebt, daß seine Darlegungen durch örtliche Verhältnisse und Vorkommnisse gefärbt sind, so muß man annehmen, daß der Schule Vorwürfe wegen allzu strenger Anforderungen gemacht worden waren, die freilich lediglich durch die Rücksicht auf die allgemeinen Bestimmungen zu erklären sind. Weil die richtige Verbindung zwischen Schule und Elternhaus eine der notwendigsten Bedingungen für das gedeihliche Wirken der Lehrer ist, sucht der Rektor eine solche anzubahnen und empfiehlt den Eltern in steter Beziehung mit den Lehrern ihrer Söhne zu bleiben. Mit besonderer Befriedigung meldet er, daß mit Beginn des

Schuljahres 1864 die letzte der Elementarklassen, mit denen das Progymnasium bisher das i. J. 1817 der Stadt zum Zwecke der Gründung einer höheren Schule geschenkte frühere Gebäude des Jesuitengymnasiums hatte teilen müssen, entfernt wurde und die Anstalt nunmehr in den Besitz ihres Eigentums gesetzt war. Sie verfügte über fünf geräumige helle Klassenräume, ein Konferenzzimmer, worin die Bibliothek aufgestellt war, ein Physikzimmer, das zugleich als Aufbewahrungsort für die physikalischen Apparate und naturwissenschaftlichen Sammlungen diente, und zwei kleinere Räume, von denen einer als Karzer benutzt wurde. Gleichzeitig wurde auch die Dienstwohnung des Rektors in das unmittelbar an das Progymnasium anstoßende Haus verlegt und mit dem Schulgebäude durch eine Tür in Verbindung gesetzt.

Wenn auch auf diese Weise die schlimmsten Übelstände beseitigt waren, so blieb doch noch manches zu wünschen übrig. Vor allem fehlte ein Raum, in dem die ganze Anstalt versammelt werden konnte. Ein solcher ließ sich gewinnen, wenn das anstoßende Schulgebäude der Volksschule geräumt und dem Progymnasium überwiesen wurde. Um dies zu ermöglichen, bedurfte es freilich zunächst der Errichtung eines Neubaus für die Volksschule, der beträchtliche Opfer von der Stadt verlangte. Zu Anfang des Schuljahres 1866 waren sämtliche Lehrerstellen mit Ausnahme der des katholischen Religionslehrers endgültig besetzt. Zu den bereits genannten nebenamtlich beschäftigten Lehrern kam noch ein Zeichenlehrer hinzu. Für den Turnunterricht wurden die Turneinrichtungen der Kgl. Unteroffizierschule unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Das Progymnasium war im ersten Jahre seines Bestehens von 89 Schülern besucht worden. In den folgenden Jahren erfuhr diese Zahl eine erfreuliche Vermehrung. Die Anstalt zählte 1863/64 101, 1864/65 120, 1865/66 134 Schüler, darunter 12 Obersekundaner, die freilich mit den Untersekundanern vereinigt waren. Der Zudrang erklärt sich dadurch, daß die Nachbarorte Eschweiler, Stolberg, Erkelenz

keine berechtigten Anstalten besaßen und der Besuch der Gymnasien in Düren und Bedburg etwas nachließ. Als nur gar das Jahr 1866/67 148 und 1867/68 162 Schüler brachte, und zwar jedesmal 7 in Obersekunda, schien der geeignete Zeitpunkt gekommen, wieder mit dem alten Wunsche nach Wiederherstellung des Gymnasiums an die Staatsbehörde heranzutreten.

Da bei der großen Schülerzahl eine Reihe von Lehrern für den Unterricht auf der oberen Stufe besonders geeignet erschien, stellte der Bürgermeister den Antrag, das Provinzialschulkollegium möge die Angliederung der Prima gestatten, damit im Herbste 1869 die erste Reifeprüfung abgehalten werden könne. Die Behörde glaubte jedoch erst die weitere Entwicklung der Anstalt abwarten zu müssen, ehe sie diesem Antrage nachgab. Vor allem hätten größere Mittel bereit gestellt werden müssen, deren Beschaffung der Stadt nicht leicht fallen konnte. Denn nachdem durch Kabinettsordre vom 19. August 1867 die Stadtgemeinde Jülich aus dem bisherigen Bürgermeistereiverbande mit den Landgemeinden Mersch, Pattern, Welldorf und Güsten ausgeschieden war und die Städteordnung erhalten hatte, war durch die erhebliche Steigerung der Verwaltungskosten eine Vermehrung der Ausgaben herbeigeführt worden. Auf den gewerblichen Verkehr hatte außerdem die im vorhergehenden Jahre eingetretene Verringerung der Garnison um ein Bataillon nachteilig eingewirkt. Trotz der keineswegs günstigen Finanzlage der Stadt hegte indes die Verwaltung nicht nur gute Hoffnung auf den baldigen Ausbau des Progymnasiums zu einer Vollanstalt, sondern glaubte auch schon für das nächste Jahr die Einrichtung von Parallelunterricht im Französischen und Englischen für diejenigen Schüler in Aussicht stellen zu können, die sich vorzugsweise in den Realfächern auszubilden und am griechischen Unterricht nicht teilzunehmen wünschten.

Für die Etatsperiode 1868—70 wurden die Gesamtausgaben für das Progymnasium auf 4900 Thlr. festge-

stellt, davon wurden 4096 Thlr auf die Besoldung der Lehrer und Hilfslehrer verwandt, für die Vermehrung der Unterrichtsmittel war der Betrag von 115 Thlrn. bestimmt. Die Einnahme aus dem Schulgelde war mit 2650 Thlr. eingesetzt, die Regierung leistete noch den Zuschuß von 262 Thlrn. 15 Sgr. Die Stadt hatte bei einem Gesamtetat von 9175 Thlrn. jährlich 1352 Thlr. 9 Sgr. zu den Kosten des Progymnasiums beizutragen. Der Rektor bezog an Gehalt 950 Thlr. und hatte für Wohnungsmiete 95 Thlr. an die Kasse zu zahlen. Der erste ordentliche Lehrer wurde mit 540 Thlrn. besoldet, für die letzte Lehrerstelle waren 460 Thlr. ausgeworfen. Auf Dienstwohnung oder Wohnungsgeldzuschuß hatten die Lehrer keinen Anspruch.

Im Schuljahre 1868/69 blieb die Anstalt bei der Schülerzahl 160, die Sekunda wies 35 Zöglinge auf, darunter 12 Obersekundaner. Bei dieser großen Schülerzahl hätte eine Trennung der Sekunda eintreten müssen, aber sie unterblieb zum Schaden des Unterrichtsbetriebs, weil es an dem erforderlichen Raum fehlte und der Stadt das Aufbringen der Kosten für eine neue Lehrkraft schwer fiel. Während in den anderen preußischen Provinzen die Tertia schon länger einen zweijährigen Kursus hatte, wurde im Rheinlande erst im Schuljahre 1869/70 angeordnet, daß Unter- und Obertertia zwei getrennte Klassen bilden und über die Versetzung aus der Unter- in die Obertertia am Schlusse des Schuljahres bestimmt werden sollte. Blieben auch vorläufig noch die Klassen vereinigt, so mußte doch schon die Beschaffung eines Klassenraumes bei einer später notwendig werdenden Teilung ins Auge gefaßt werden. Da mit der Zeit das anstoßende Gebäude der Elementarschule für die Zwecke des Progymnasiums voraussichtlich in Anspruch genommen werden mußte, so trat die städtische Verwaltung dem Plane, ein neues Schulgebäude für die Volksschule zu errichten, näher. In demselben Jahre hatte das Progymnasium die bis dahin noch nicht erreichte Zahl von 164 Schülern, darunter waren 27 Unter- und 12 Obersekundaner.

Mit Beginn des Schuljahres 1870 machte sich eine Abnahme der Schülerzahl bemerkbar, die auf 143, 126, 115 in den folgenden Jahren sank. Sie wurde ohne Zweifel in etwa durch die allgemeine wirtschaftliche Lage infolge des großen Krieges veranlaßt. Auch trugen die an verschiedenen Orten entstandenen Privatschulen, die den Eltern es ermöglichten, ihre Kinder länger bei sich zu behalten, Schuld an der Verringerung des Besuches. Infolgedessen wurde die bereits erwähnte Trennung der Klassen Sekunda und Tertia in weitere Ferne gerückt. Auch die Bestrebungen des Rektors Realabteilungen einzurichten fanden nicht das gemäß früheren Beschlüssen erhoffte Entgegenkommen der städtischen Vertretung. Denn durch den Rückgang im Besuche der Anstalt war ein erheblicher Ausfall an Schulgeld eingetreten, der aus der Gemeindegasse gedeckt werden mußte, soweit die Ersparnisse der früheren Jahre nicht ausreichten. Außerdem waren nach Beendigung des Krieges den Lehrern zweimal Teuerungszulagen bewilligt worden, die größere Mittel beansprucht hatten. Schließlich verlangte der sogenannte Normaletat vom Jahre 1872 eine beträchtliche Aufbesserung der Gehälter der Lehrer an höheren Schulen. Das Unterrichtsministerium hatte sich freilich bereit erklärt, außer dem bisherigen Zuschusse von 262 Thlrn. 15 Sgr. einen weiteren Bedürfniszuschuß von 1150 Thlrn. bis zur Besserung der finanziellen Lage der Anstalt behufs Erhöhung der Lehrergehälter zu bewilligen. Dabei hatte die Stadt sich zur Vermehrung ihres bisher geleisteten Beitrages um 900 Thlr. entschließen müssen. Allein dieser Betrag reichte gerade hin, um den bereits berichteten Ausfall an Schulgeld auf die Dauer zu decken. So fehlte zur Durchführung der neuen Besoldungsordnung jährlich immer noch die Summe von 1000 Thlrn., die aus städtischen Mitteln nicht mehr aufgebracht werden konnte. Kuratorium und Stadtrat suchten deshalb zunächst eine Erhöhung des staatlichen Zuschusses zu erreichen.

Da die Abnahme des Besuches darauf zurückgeführt wurde, daß eine Reihe auswärtiger Schüler von der Anstalt

fern blieb, weil die Erwartungen auf Vervollständigung des Progymnasiums sich nicht erfüllt hatten und Vollgymnasien zur Vermeidung eines Anstaltswechsels bevorzugt wurden, so trat das Verlangen nach einer Vollanstalt um so stärker hervor. Im Juli 1873 faßte der Stadtrat den Beschluß, bei der Staatsbehörde die Erhebung der Anstalt zu einem Gymnasium unter dem Patronat des Staates zu beantragen. Die Stadt Jülich erklärte sich bereit, unter Verzicht auf alle Patronatsrechte die bisher dem Progymnasium gewährten Zuschüsse auch ferner zu leisten, wenn der Staat die Anstalt zu einem vollständigen Gymnasium erheben und die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung sowie das Patronat übernehmen wollte. Zur Begründung des Antrages war von dem Mitgliede des Kuratoriums Notar Dick eine ausführliche Denkschrift¹⁾ ausgearbeitet worden, die dem Provinzialschulkollegium zur Befürwortung bei dem Ministerium vorgelegt werden sollte. Ausgehend von der Geschichte des Jesuitengymnasiums suchte der Verfasser zuerst den Nachweis zu erbringen, daß die Stadt einen Anspruch auf ein Gymnasium erheben könne. Aus der Einziehung der Schulgüter durch den Domänenfiskus, wofür der Stadt nur eine geringe Entschädigung gezahlt worden war, leitete er die Verpflichtung des Staates zur angemessenen Unterstützung der Schule her. Der Staat hatte nach seiner Ansicht um so eher Anlaß mit seinen Mitteln einzugreifen, da die Leistungsfähigkeit der Stadt infolge der Abnahme der Schülerzahl, die hauptsächlich auf die Versagung der Erhebung zum Gymnasium zurückgeführt werden mußte, erschöpft war. Daß ein Gymnasium ein Bedürfnis für Jülich ist, beweist ihm der Umstand daß zunächst eine solche Anstalt bis zum Jahre 1794 bestanden hat und daß von den Schülern, die dem Progymnasium seit seiner Gründung angehört haben, eine ver-

¹⁾ Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Jülich für das Jahr 1873 S. 10.

hältnismäßig hohe Anzahl an Vollanstalten zur Beendigung der Gymnasialstudien übergegangen war. Auch aus der geographischen Lage Jülichs schien ihm die Notwendigkeit der Errichtung eines Gymnasiums hervorzugehen. Denn die Nachbarkreise Erkelenz, Geilenkirchen, Grevenbroich, Heinsberg, die eine größere Zahl nicht berechtigter Anstalten aufweisen konnten, entbehrten wie Jülich eines Gymnasiums. Und es ließ sich annehmen, daß die Schüler aus den angeführten Kreisen, wenn sich Gelegenheit dazu bot, ihre Gymnasialstudien in Jülich zum Abschluß bringen würden, sowohl wegen der Lage des Ortes als auch wegen der Überfüllung der Gymnasien in Aachen und Düren und der Eigenart der Ritterakademie zu Bedburg. Ferner wurde hervorgehoben, daß der Regierungsbezirk Aachen, der den größten Teil des ehemaligen Jülicher Landes umfasse, nur mit 2 Gymnasien ausgestattet sei, während der Regierungsbezirk Köln 7 und Düsseldorf sogar 10 solcher Anstalten besitze. Schließlich verdiene Jülich gegenüber anderen Städten eine Entschädigung, da es als langjährige Festung in der Entwicklung zurückgeblieben sei, und den Offiziers- und Beamtenfamilien müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihren Söhnen eine volle Gymnasialbildung angedeihen zu lassen. Die kürzlich eröffneten Eisenbahnverbindungen nach verschiedenen Richtungen machten Jülich besonders geeignet zur Errichtung eines für die weitere Umgebung bestimmten Gymnasiums. In der Bürgerschaft versprach man sich besonderen Erfolg davon, wenn Kaiser Wilhelm I, der bei Schleifung der Festung im Jahre 1860 sich sehr huldvoll gezeigt hatte, gebeten werde, das Protektorat über die Anstalt zu übernehmen. Indes alle Bemühungen um die Vervollständigung der Anstalt blieben ergebnislos, wohl wurde erreicht, daß der Staat zur Durchführung des Normalstats einen jährlichen Zuschuß von 6105 Mark leistete, während die Stadt 6450 Mark für das Progymnasium aufzubringen hatte.

Inzwischen war der Bau eines neuen Schulhauses für die Volksschule in Angriff genommen worden. Der Rektor

bemühte sich, dieses Gebäude für die Zwecke des Progymnasiums zu erhalten. Allein die Stadtverordneten lehnten die darauf zielenden Anträge ab. Nunmehr kam es darauf an, das an das Progymnasium anstoßende Schulhaus zur Vermehrung und Verbesserung der Räumlichkeiten zu gewinnen. Das Jahr 1875 brachte die Umlegung des Schlusses des Schuljahres von Herbst auf Ostern.

Am 30. Juni 1876 wurde eine für die Progymnasien bedeutsame Ministerialverfügung erlassen. Die Aufnahme in die Prima eines Gymnasiums sollte fortan nicht mehr durch ein bloßes Abgangszeugnis, sondern nur durch das Zeugnis über die nach Abschluß des gesamten Lehrkursus des Progymnasiums bestandene Entlassungsprüfung erworben werden. Zum erstenmal unterzogen sich Ostern 1878 3 Schüler dieser Prüfung. Von dieser Einrichtung befürchtete der Rektor nicht mit Unrecht eine nachteilige Wirkung auf den Besuch der Progymnasien. Es konnte als sicher angenommen werden, daß Schüler, die das Gymnasium durchzumachen beabsichtigten, sich gleich einer Vollanstalt zuwenden würden, um der erwähnten Prüfung zu entgehen. Deshalb machte Dr. Kuhl den Vorschlag, die gleiche Prüfung auch an Gymnasien einzuführen und dadurch eine Entlastung bei der Reifeprüfung eintreten zu lassen.

Nachdem im Juli 1876 der Provinzialschulrat Dr. von Raczek gelegentlich einer Besichtigung der Anstalt dem Kuratorium seine Wünsche betreffs räumlicher Verbesserungen des Anstaltsgebäudes eindringlich ans Herz gelegt hatte, konnte der Rektor im Berichte über das Schuljahr 1877/78 anzeigen, daß durch Vereinigung zweier Schulsäle im Erdgeschoß, für die im anstoßenden Volksschulgebäude ein Ersatz beschafft sei, eine Aula gewonnen und an der Rektorwohnung die erforderlichen Umbauten vorgenommen seien.

Obwohl die Bemühungen um die Vervollständigung der Anstalt bis dahin von keinem Erfolg begleitet gewesen waren, so war doch der Gedanke an die Erreichung dieses

Zieles lebendig geblieben. Ein Beweis hierfür ist, daß die Stadtverordnetenversammlung anläßlich der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares eine Kaiser-Wilhelm-Augusta-Stiftung mit einem Grundkapital von 1000 Mark ins Leben rief, die zur Förderung des Ausbaues des Progymnasiums dienen sollte. Der Plan eine Vorbereitungs-klasse einzurichten wurde vom Rektor wieder vorgebracht, allein er fand nicht die erforderliche Unterstützung im Kuratorium. Der Vorschlag anstelle der drei an der Anstalt tätigen technischen Hilfslehrer einen Elementarlehrer anzustellen wurde als zweckmäßig anerkannt, und am 15. November 1880 trat der Elementarlehrer Krall den Dienst am Progymnasium an. Außer dem Unterricht in den technischen Fächern übernahm er die deutschen Stunden in den beiden unteren Klassen. Als ein Fortschritt in der Entwicklung der Schule kann bezeichnet werden, daß mit dem Schuljahr 1880 die Klassen Ober- und Untertertia teilweise getrennt wurden. Die neuen Lehrpläne vom 31. März 1882, die eine Verstärkung des Unterrichts im Französischen, in der Mathematik und den Naturwissenschaften veranlaßten und den Beginn des griechischen Unterrichts von Quarta nach Untertertia verlegten, konnten ohne besondere Schwierigkeiten an der Anstalt eingeführt werden.

Gegenüber den früheren Jahren sank die Schülerzahl merklich vom Schuljahre 1882 ab, im Jahre 1884/85 zählte die Anstalt nur noch 101 Schüler. Diese Abnahme erklärt sich dadurch, daß die Konvikte in Neuß, Münstereifel und Rheinbach sowie die außerordentlich reichen Stiftungen, mit denen das Gymnasium in Düren ausgestattet war, eine starke Anziehung auf Schüler aus ländlichen Kreisen ausübten, und zwar besonders auf solche, die sich später dem Studium der Theologie zu widmen gedachten. Die Ministerialverfügung vom 13. Juli 1886, die für Anstalten von siebenjährigem Kursus eine Versetzungsprüfung behufs Zuerkennung des Zeugnisses zum einjährig-freiwilligen Militärdienste anordnete, war auch nicht dazu angetan, den Besuch dieser Anstalten zu fördern.

Am 6. Oktober 1887 waren 25 Jahre verflossen, seitdem Rektor Dr. Kuhl sein Amt an dem eben anerkannten Progymnasium angetreten hatte. Dieser Tag brachte dem verdienten Leiter reiche Ehrungen seitens des Kuratoriums, der Bürgerschaft und der ehemaligen Schüler.

Im Jahre 1888 erfuhren die Räumlichkeiten der Anstalt die schon seit langer Zeit angestrebte Verbesserung. Das letzte Zimmer in dem anstoßenden Elementarschulgebäude, das noch von einer Klasse besetzt war, wurde geräumt und dem Progymnasium überwiesen. Da sich aus diesem Raume zwei Klassenzimmer herrichten ließen, so wurde einer Reihe Übelständen, die bei der Teilung der Tertia sich eingestellt hatten, ein Ende gemacht.

Dem Jahresberichte 1889/90 wurde eine Abhandlung des Rektors, Geschichte des früheren Gymnasiums zu Jülich, zugleich ein Beitrag zur Ortsgeschichte, beigegeben. Auf Grund eines Beschlusses des Kuratoriums entschied die Stadtverordnetenversammlung vom 10. Juli 1891, daß die Kosten dieser Veröffentlichung aus den Überschüssen der Progymnasialkasse bestritten und der Erlös der zu verkaufenden Exemplare zu einer Stiftung bestimmt werden sollte, die den Namen Dr. Kuhl'sche Stiftung führt. Die Verwaltung der Stiftung wurde dem Kuratorium unterstellt, die Zinsen sollten zum Kapital geschlagen werden, bis es die Höhe von 1000 Mark erreicht hatte. Alsdann stand es dem Leiter der Anstalt zu, die Einkünfte jährlich an zwei aus der Stadt Jülich gebürtige dürftige und würdige Schüler als Prämien zu verteilen. Dr. Kuhl hatte nach seiner eigenen Angabe die Absicht gehabt, die Geschichte der von ihm geleiteten Schule zu schreiben und nur gelegentliche Ausblicke auf die Stadtgeschichte einzuflechten.¹⁾ Aber während der Arbeit war der Beitrag zur Ortsgeschichte allmählich zu einer ziemlich ausführlichen Geschichte der Stadt geworden, hinter der die Schulgeschichte zurücktrat. Demgemäß trug der zweite Teil des Werkes,

¹⁾ Kuhl, Geschichte der Stadt Jülich. II. Teil. Vorwort.

der im Jahre 1893 erschien, bereits den Titel Geschichte der Stadt Jülich, insbesondere des früheren Gymnasiums zu Jülich, ebenso waren die in den Jahren 1894 und 1897 herausgegebenen folgenden Bände betitelt.

Für die Gestaltung der Anstalt waren die Lehrpläne vom Jahre 1892 bedeutungsvoll. Die beiden Tertian, die bis dahin in einzelnen Fächern noch vereinigt gewesen waren, wurden völlig getrennt, die Obersekunda fiel fort.

Das nämliche Jahr brachte auch eine für das Lehrerkollegium wichtige Entscheidung. Obwohl zunächst im Jahre 1877 und nochmals im Jahre 1886 durch Erhöhung des Schulgeldes eine Steigerung der Einnahmen der Anstalt herbeigeführt wurde, so mußte die Stadt jährlich einen für ihre Verhältnisse bedeutenden Zuschuß leisten. Es ist daher begreiflich, daß sie sich außer stande erklärte, den von der Staatsbehörde für die Lehrer der Anstalt geforderten Wohnungsgeldzuschuß zu zahlen. Als aber die Weiterbewilligung der staatlichen Unterstützung für die Etatsperiode 1892/95 von der Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses abhängig gemacht und das Angebot der Stadt den Zuschuß nur zur Hälfte oder für 3 Jahre zu zahlen als unzureichend abgelehnt wurde, entschloß sich die Stadtvertretung die Forderung des Provinzialschulkollegiums vom 1. April 1892 ab zu erfüllen. Kaum hatte die Stadt dieses schwere Opfer gebracht, als neue Anforderungen an sie herantraten, die Einführung des Normal-etats und die Sorge für die Hinterbliebenen der Lehrer. Die Versorgung der Hinterbliebenen erfolgte durch Anschluß an die sogenannte Versorgungsanstalt für die Kommunalbeamten der Rheinprovinz. Eine Erhöhung der Lehrergehälter war nur möglich, weil der Staat die bisherige jährliche Beihilfe fast verdoppelte. Er gewährte einen Zuschuß von 12 000 Mark, während die Stadt 11 707 Mark für die Schule aufzubringen hatte.

Der Rückgang der Schülerzahl, den die Anstalt gegenüber dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens verzeichnen mußte, hatte das Provinzialschulkollegium schon im Jahre

1890 veranlaßt, dem Kuratorium die Umwandlung in eine lateinlose Realschule nahe zu legen. Hierbei glaubte die Behörde auch den örtlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, indem sie von der Annahme ausging, daß die Industrie in der Jülicher Gegend eine besondere Rolle spiele. Die Anregung fand keinen Anklang, da sie den Bedürfnissen nicht entsprach. Als Grundlage des Erwerbs in der Gegend war die Landwirtschaft anzusehen. Bei den Schülern auf dem Lande mußte Rücksicht auf die oft hervortretende Neigung zum geistlichen Stande genommen werden, für den die Gymnasialstudien Vorbedingung waren. Zudem hatten viele Familien ein Anrecht auf die in Cöln verwalteten Studienstiftungen, deren Genuß an den Besuch gymnasialer Anstalten geknüpft ist. Auch ließ sich nachweisen, daß 55 % der Schüler aus Untersekunda sich zur Fortsetzung ihrer Studien auf Gymnasien begeben hatten. Mit der Einrichtung einer Realschule wäre natürlich der Wunsch das alte Gymnasium wieder erstehen zu sehen für immer zu Grabe getragen worden. Freilich hatten die großen Anforderungen, die an die Stadtkasse gestellt wurden, den Gedanken an den Ausbau des Progymnasiums zurücktreten lassen. Dagegen wurde der schon in der Denkschrift vom Jahre 1874 hervorgetretene Plan das Patronat der Anstalt sowie die Unterhaltungspflicht an den Staat abzutreten, wieder aufgenommen. Um den Antrag auf Verstaatlichung zu unterstützen verfaßte Dr. Kuhl eine ausführliche Denkschrift vom 1. Februar 1874, die der Regierung eingereicht und an die Abgeordneten des Preußischen Landtages verteilt wurde. In der Denkschrift wurde der Nachweis versucht, daß die Stadt Jülich, die ohne ihr Verschulden infolge der französischen Invasion die Mittel zum Unterhalt ihres Gymnasiums verloren hatte, eine besondere Berücksichtigung seitens des Staates erwarten dürfe. Zur Unterstützung dieser Ansprüche wurde angeführt, daß die Stadt in ihrer Eigenschaft als Festung hinter den Nachbarstädten in der Entwicklung zurückgeblieben war, weil eben die Festung die Niederlassung von Industrie vor ihren

Toren unmöglich gemacht hatte, obwohl das Gelände an sich und vor allem wegen des Wasserreichtums dazu geeignet war. Auf die Festung war es zurückzuführen, daß die Eisenbahnlinie zwischen Cöln und Aachen nicht den alten Weg über Jülich eingeschlagen hatte und auch bei der Verbindung zwischen Düsseldorf und Aachen Jülich gemieden worden war. In Anbetracht der Opfer, die die Stadt jahrhundertlang als Festung gebracht hatte, schien ihr Antrag auf Verstaatlichung des Progymnasiums das Entgegenkommen der Staatsbehörde zu verdienen. Auch ging es ihr nicht darum, eine unbequeme Last für immer von sich abzuschütteln. Sie war vielmehr bereit ein neues den Anforderungen der vorgesetzten Behörde entsprechendes Schulgebäude auf ihre Kosten zu bauen und ferner einen festen Zuschuß von 8000 Mark zu leisten. Obwohl das Provinzialschulkollegium den Antrag der Stadt befürwortete, lehnte der Unterrichtsminister sowohl mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage des Staates als auch auf die nur örtlichen Bedürfnissen entsprechende Bedeutung des Progymnasiums das Gesuch ab. Vor allem hob er hervor, daß der Wunsch der Stadt erst dann befriedigt werden könne, wenn die Anstalt zu einer Realschule umgestaltet sei. Es bedurfte der vereinten Bemühungen des Kuratoriums und des Stadtverordneten-Kollegiums, um das Unterrichtsministerium von weiteren Verhandlungen über die Umgestaltung der Schule abzubringen.

Da mittlerweile die günstige Wirkung der Steuerreform auf die Finanzlage des Staates sich erkennen ließ, wurde am Ende des Jahres 1894 der Antrag auf Verstaatlichung erneuert. Obwohl der Minister wieder ablehnenden Bescheid erteilte, verlor die städtische Vertretung nicht den Mut. Als im Oktober 1895 nochmals die Gründe, die für die Übernahme der Anstalt auf den Staat geltend gemacht werden konnten, vorgetragen wurden, ordnete der Minister Erhebungen an über die für Grunderwerb und Erbauung eines neuen Klassengebäudes erforderlichen Mittel und empfahl eine Beschleunigung der Angelegenheit, damit sie

unter Umständen bereits durch den nächsten Staatshaushaltsetat erledigt werden könne. Trotz der Befürwortung durch den Unterrichtsminister erwachsen dem Antrage Schwierigkeiten im Finanzministerium. Um diese zu beseitigen entsandte das Kuratorium gemäß Beschluß vom 6. Oktober 1896 außer dem Vorsitzenden Bürgermeister Hochstenbach den Kompatronatskommissar Landrat Dr. Vüllers nach Berlin.

Im Dezember desselben Jahres trat ein für die Anstalt bedeutsames Ereignis ein. Direktor Professor Dr. Kuhl beantragte mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, der trotz längeren Urlaubs nicht die erwartete Besserung gefunden hatte, mit dem 1. April des folgenden Jahres in den Ruhestand versetzt zu werden. Die Kunde, daß der Mann, der 34 Jahre lang seine Kraft in den Dienst der Anstalt gestellt hatte, die Leitung niederlegen werde, erweckte allgemeine Teilnahme. Er war neben seiner Tätigkeit als Lehrer auch auf literarischem Gebiete recht fruchtbar gewesen. Außer den bereits erwähnten Veröffentlichungen brachte der Jahresbericht von 1874 die Abhandlung *Arya*, der Ariername, die Jahresberichte von 1875 und 1876 enthielten eine Abhandlung über die Anfänge des Menschengeschlechtes und seinen einheitlichen Ursprung. Später machte Kuhl noch die Bedeutung des *Accentus* im Homer, sowie *ὀία* und *ἐπεί* bei Homer und die Zeitenfolge im Lateinischen und Deutschen zum Gegenstande eingehender Untersuchung. Ferner erschienen von ihm Darwin und die Sprachwissenschaft, die Descendenzlehre und der neue Glaube. Die Stadtverordneten ehrten die besonderen Verdienste, die Kuhl sich um die Stadt durch sein Geschichtswerk erworben hatte, indem sie ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen, eine Auszeichnung, wie sie wohl selten einem Schulmanne zuteil geworden sein mag.

Nachdem Oberlehrer Rau als Senior des Lehrerkollegiums die Direktionsgeschäfte vom Oktober 1896 ab geführt hatte, übernahm am 29. Mai 1897 Dr. Wilhelm Emanuel Hoeres, vorher Oberlehrer am städtischen Gymnasium und

Realgymnasium zu Cöln, den das Kuratorium zum Direktor gewählt hatte, die Leitung der Anstalt.

Daß die Bemühungen der wegen der Verstaatlichung der Anstalt nach Berlin gereisten Mitglieder des Kuratoriums von Erfolg begleitet gewesen waren, trat bald hervor. Im Mai 1897 erhielt das Kuratorium die Nachricht, der Unterrichtsminister habe im Einverständnis mit dem Finanzminister die Übernahme der Anstalt von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht. Zur Feststellung dieser Bedingungen fand im Juni eine Verhandlung mit einem vom Provinzialschulkollegium entsandten Kommissar statt. Die städtische Verwaltung hatte anfangs geglaubt, daß der Neubau des Schulgebäudes auf einem der Schulverwaltung zu überweisenden Grundstücke ausreichen werde. Indes die Regierung verlangte außer der Errichtung einer Direktorwohnung auch noch eine Turnhalle, weil die Verhandlungen mit der Militärbehörde über die bisher benutzte Turnhalle nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hatten. Obwohl durch diese Forderungen die Baukosten, die von vornherein auf etwa 100 000 Mark berechnet waren, eine bedeutende Erhöhung erfuhren, so ging doch die städtische Verwaltung darauf ein. Dagegen erschien die vom Ministerium verlangte Verzinsung und Amortisation der Bausumme mit 5 % als zu schwere Belastung für die Stadt. Um eine Erleichterung herbeizuführen, wurden die beiden Mitglieder des Kuratoriums, die schon einmal in Berlin verhandelt hatten, nochmals dorthin gesandt, und sie erreichten, daß die Bauschuld mit 4½ % verzinst und getilgt werden konnte. Außerdem hatte sich die Stadt zu dem bereits früher angebotenen jährlichen Zuschuß von 8000 Mark zu verpflichten, der sich nach Tilgung der Bauschuld am 1. April 1949 auf 13 000 Mark erhöhen sollte. Das Vermögen der Schule, 3000 Mark aus Ersparnissen früherer Jahre herrührend, und die ihr zugehörige Sartorius-Stiftung mit einem Bestande von 1685 Mark verblieb ihr, der Fonds zur Sicherstellung der Alterszulagen im Betrage von 11719 Mark fiel an die Staatskasse. Der Pen-

sionsfonds in der Höhe von 13 000 Mark blieb im Besitze der Stadt Jülich, damit daraus die Pension des Direktors Dr. Kuhl bestritten werde. Die Lehrer der Anstalt sollten im Falle des Einverständnisses unmittelbare Staatsbeamte werden und die Stadt Jülich ihnen gegenüber von allen Verpflichtungen entbunden sein. Wenn der Staat das Progymnasium als eine über die Ziele der Volksschule hinausgehende Anstalt eingehen läßt, so hören die von der Stadt Jülich übernommenen Zahlungsverpflichtungen auf und das übergebene Grundstück fällt wieder in ihren Besitz zurück.

Die Lösung der Verstaatlichungsfrage stellte große Anforderungen an die Opferwilligkeit der Bürgerschaft. Trotzdem unterliegt es keinem Zweifel, daß bei der Opferfreudigkeit, womit die Stadt die zugemuteten Lasten übernahm, zugleich die Interessen des Gemeinwesens in der vorteilhaftesten Weise wahrgenommen wurden. Denn in den beiden letzten Jahren der städtischen Verwaltung des Progymnasiums hatten die durch Vertretung erkrankter Lehrer verursachten Kosten einen außerordentlichen Zuschuß von etwa 4500 Mark aus der Stadtkasse notwendig gemacht. Zudem war mit dem 1. April 1897 wieder eine Erhöhung der Lehrergehälter eingetreten, die einen jährlichen Mehrbedarf von 3600 Mark verlangte. Für die städtische Finanzverwaltung bedeutete es zunächst einen großen Vorteil, daß sie vor außerordentlichen Mehrausgaben, wie sie leicht durch Vertretungskosten und Mindereinnahmen an Schulgeld sowie andere nicht von vornherein zu übersehende Fälle verursacht werden konnten, in Zukunft verschont blieb. Sodann aber ließ sich mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß auch die regelmäßigen Kosten des Unterhalts der Anstalt, die bereits eine an die Leistungsfähigkeit der Stadt reichende Höhe erstiegen hatten, im Laufe der Jahre noch eine weitere Steigerung erfahren würden.

Nachdem der Vertrag über die Verstaatlichung die erforderliche Genehmigung gefunden hatte, fand am 25. Mai

1898 die förmliche Übernahme der Anstalt auf den Staat durch einen Vertreter des Provinzialschulkollegiums im Rathause statt. Dieser stattete zunächst dem Kuratorium den Dank der Behörde für die geleistete Mühewaltung ab und erklärte dann diese Körperschaft für aufgelöst. Im Kuratorium hatte im Laufe der Jahre eine Reihe trefflicher Bürger der Stadt mit dem jeweiligen Bürgermeister unter schwierigen Verhältnissen eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Es war nicht immer leicht gewesen, die Interessen der Anstalt, die einen stetig wachsenden Aufwand erforderte, mit den allgemeinen städtischen Interessen in Einklang zu bringen. Die Männer, die zuletzt dem Kuratorium angehört hatten, konnten mit besonderer Befriedigung ihr Amt niederlegen in dem Bewußtsein trotz unüberwindlich scheinender Hindernisse die Verstaatlichung des Progymnasiums erreicht und damit ebenso wohl den Vorteil der Anstalt wie der Stadt gefördert zu haben; es waren außer dem Bürgermeister Höchstenbach, Kompatronatskommissar Landrat Dr. Vüllers, Direktor Dr. Hoeres, die von dem Stadträte gewählten Mitglieder Fabrikbesitzer Julius Eichhorn, Kreistierarzt Esser, Rentner Theodor Schmitz. Die staatliche Verwaltung der Anstalt begann mit dem 1. April 1898. Bis zur Fertigstellung des neuen Schulgebäudes hatte die Stadt das bis dahin benutzte Gebäude nebst der Einrichtung dem Progymnasium zur Benutzung zu überlassen und ohne besondere Vergütung zu unterhalten.

Bezüglich der Auswahl eines für die Errichtung des Progymnasialgebäudes geeigneten Grundstückes entspann sich in der Bürgerschaft ein lebhafter Streit der Meinungen. Die städtische Vertretung glaubte am Neußer Platz, wo das Gebäude später auch errichtet wurde, das passendste Baugelände gefunden zu haben. Gegen diesen Plan wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß die unmittelbare Nachbarschaft des städtischen Krankenhauses die Errichtung eines Schulgebäudes gerade an dieser Stelle verbiete. Dazu verursache das Karrengerassel an einer der verkehrreichsten Straßen, eine anliegende Wagenfabrik und Dampf-

säge, vor allem aber die Abhaltung von Schießübungen in dem nahe gelegenen Wallgraben Störungen, die den Unterricht benachteiligen müßten. Als passendere inmitten der Stadt gelegene Plätze wurden das Gelände der ehemaligen Artilleriekaserne oder das Lazarettgrundstück empfohlen. Auch der Schloßplatz wurde in Vorschlag gebracht, wobei allerdings die Schule als eine Art Prachtbau gedacht war, sowie ein dem Kreishause benachbartes Grundstück, das an drei Seiten von der Promenade eingeschlossen war. Es läßt sich nicht leugnen, daß die beiden zuletzt erwähnten Plätze in mancher Beziehung gegenüber dem Vorschlage der Stadtvertretung den Vorzug verdienen. Da indes die Erwerbung eines Geländes an der Promenade und besonders auf dem Schloßplatze große, vielleicht unlösbare Schwierigkeiten zu bieten schien, so wurde trotz lebhaften Widerspruches beschlossen, das Schulgebäude am Neußer Platz zu errichten, und zwar nach dem Plane des Kgl. Baurats Daniels in Aachen, dem auch die Bauleitung übertragen wurde. Am 4. April 1900 wurde der Grundstein in Gegenwart des Landrats, des Bürgermeisters sowie der Lehrer und Schüler der Anstalt gelegt.

Obwohl die städtische Verwaltung die Leitung und Fürsorge für die Anstalt an den Staat abgetreten hatte, so verlor sie doch das alte Ziel, die Wiederherstellung des Gymnasiums, nicht aus den Augen. Ehe noch der für die Aufnahme des Progymnasiums bestimmte Neubau vollendet war, fanden im Sommer des Jahres 1900 in der Stadtverordnetenversammlung Verhandlungen über die Vervollständigung der Anstalt statt. Ihr Ergebnis war, daß Bürgermeister Vogt, der Nachfolger des um die Schule hochverdienten Bürgermeisters Hochstenbach, mit dem Stadtverordneten Esser den Auftrag erhielt beim Provinzialschulkollegium in Coblenz Erkundigungen in der Angelegenheit einzuziehen. Da jedoch der Ausbau des Progymnasiums nach den Angaben der Schulbehörde ohne Uebernahme besonders großer Lasten durch die Stadt nicht erreichbar schien, so wurde zunächst von der Verfolgung

des Planes abgesehen. Als nun kurze Zeit darauf die Stadtverwaltung angeregt wurde, den Antrag zu erneuern, waren die Stadtverordneten bereit, den für eine Vollanstalt notwendigen Erweiterungsbau auf städtische Kosten errichten zu lassen. Nach einem vom Baurat Daniels entworfenen Plan wurde der Aufwand, den der Erweiterungsbau voraussichtlich verursachte, auf 43 800 Mark geschätzt.

Es war vor allem den Bemühungen des langjährigen Dezernenten der Anstalt, des Geheimrats Dr. Deiters zu danken, daß das Provinzialschulkollegium dem Antrage der Stadt freundlich gegenüberstand und es übernahm, ihn bei dem Ministerium zu befürworten. Mittlerweile war eifrig an dem neuen Schulgebäude gearbeitet worden, da es mit Beginn des Wintersemesters 1901 in Benutzung genommen werden sollte. Ehe es aber fertiggestellt war, erreichte die Tätigkeit des Direktors Dr. Hoeres, der nicht allein an dem Neubau, sondern auch an der Frage des Ausbaus der Anstalt bedeutsamen Anteil genommen hatte, infolge seiner Ernennung zum Regierungs- und Schulrat am 6. Juli 1901 ihren Abschluß. Es war ihm nicht beschieden, in das neue Schulgebäude den Einzug zu halten.

Am 4. September wurde Dr. Anton Kreuser, bis dahin Oberlehrer am Gymnasium zu Prüm, zu seinem Nachfolger ernannt, der am 1. Oktober sein Amt antrat.

Das Progymnasialgebäude war erst Ende Oktober soweit fertiggestellt, daß es der Staatsbehörde übergeben werden konnte. Es umfaßt im Kellergeschoß die Wohnung des Schuldieners und Räume für die Unterbringung von Fahrrädern, im Erdgeschoß 5 Schulzimmer und 1 Lehrerzimmer, im ersten Stockwerk 2 Schul-, 1 Bibliotheks- und 1 Sammlungszimmer, dazu eine Aula, die aber noch unvollendet blieb, weil der Raum für den Fall des Ausbaus der Anstalt als Zeichensaal hergerichtet werden sollte. Sämtliche Klassenzimmer wurden mit Rettigbänken neu ausgestattet. Die Direktorwohnung ist mit dem Schulgebäude durch einen Zwischenbau verbunden.

Nachdem seitens des Provinzialschulkollegiums die Genehmigung zur Uebersiedelung in das neue Gebäude mit dem 1. Januar 1902 erteilt war, wurde während der Weihnachtferien der Umzug bewerkstelligt. Am 3. Januar 1902 hielt die Anstalt ihren Einzug in das neue Gebäude. Es war ein bedeutsamer Augenblick, als sich Lehrer und Schüler gemeinsam mit dem Bürgermeister und den Stadtverordneten von dem alten Hause am Marktplatze, das mehr denn 100 Jahre die Schule beherbergt hatte und eine reiche Fülle von Erinnerungen in sich schloß, verabschiedeten.

Leider konnte im neuen Schulhause keine der Bedeutung des Tages völlig entsprechende Feier veranstaltet werden, da die Aula mit Rücksicht auf die wegen der Vervollständigung schwebenden Verhandlungen, wie bereits erwähnt, noch nicht ausgebaut war. Der von dem Bürgermeister Vogt bei der Einweihung des Gebäudes ausgesprochene Wunsch, daß die über dem Haupteingange angebrachte Inschrift „Königliches Gymnasium“ recht bald ihre Berechtigung erhalten möge, sollte sich in nicht allzu langer Zeit erfüllen. Da mit Rücksicht auf die Schüler der Untersekunda, die ihre Gymnasialstudien fortzusetzen gedachten, eine Entscheidung über die Frage des Ausbaus schleunigst herbeigeführt werden mußte, so begab sich im Auftrage der Stadtverordnetenversammlung Bürgermeister Vogt mit dem Stadtverordneten Gißler nach Berlin, um im Ministerium eine für die Stadt günstige EntschlieÙung zu veranlassen.

Die Wünsche der Stadt fanden im Unterrichtsministerium freundliches Entgegenkommen, der Vertreter des Finanzministers hingegen erklärte, daß die Errichtung des erforderlichen Erweiterungsbaus für die Erreichung des Zieles nicht genüge, sondern die Stadt sich zu einer Erhöhung ihres bisherigen Zuschusses um 6000 Mark jährlich verpflichten müsse. Ein solcher Betrag schien die Leistungsfähigkeit zu übersteigen. Deshalb gaben die Vertreter der Stadt sich alle Mühe eine Herabsetzung der

Forderung zu erreichen. Sie erwirkten auch, daß der Zuschuß bis zum Jahre 1949 auf 4000 Mark ermäßigt wurde, von diesem Zeitpunkte ab, der das Ende der Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Kosten des Erweiterungsbaus und der inneren Einrichtung bedeutete, sollte er auf 6000 Mark steigen. Da weitere Zugeständnisse seitens des Finanzministeriums unerreichbar schienen, so erbaten die Vertreter noch im Kultusministerium die Erlaubnis zur Einrichtung der Obersekunda mit Beginn des neuen Schuljahres. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde davon abhängig gemacht, daß die Stadt sich sofort zur Übernahme der verlangten Leistungen bereit erkläre.

Obwohl der Stadt im Falle der Vervollständigung der Anstalt eine dauernde Abgabe von etwa 20 000 Mark jährlich auferlegt wurde, ein Betrag, der im Hinblick auf die Einwohnerzahl als außerordentlich hoch bezeichnet werden mußte, so entschlossen sich doch die Stadtverordneten einmütig der Forderung der Regierung zu entsprechen, um endlich einen lang gehegten Wunsch verwirklicht zu sehen. Eine kleine Erleichterung wurde der Stadt durch den Beschluß des Kreistages zuteil, bis auf weiteres der Stadtkasse einen Zuschuß von 1500 Mark jährlich zu den ihr aus der Vervollständigung der Anstalt erwachsenden Unkosten zu bewilligen. Für den Fall daß die Stadtvertretung durch Errichtung eines Internats passende Möglichkeit zur Unterbringung auswärtiger Schüler gewähren sollte, erbot sich der Kreistag seine Beihilfe auf 3000 Mark im Jahre zu erhöhen. Obwohl der zwischen der Staatsregierung und der Stadt Jülich vereinbarte Vertrag, der allerdings noch der Zustimmung des preußischen Landtages bedurfte, den Ausbau der Anstalt erst vom 1. April 1903 an in Aussicht nahm, so wurde doch schon Ostern 1902 die Obersekunda mit 18 Schülern angegliedert, da die Stadt den Mehrzuschuß von diesem Zeitpunkte an gezahlt hatte.

Nachdem so für den äußeren Ausbau der Anstalt die gewünschte Grundlage geschaffen war, mußte dafür gesorgt werden, daß die innere Entwicklung gleichen Schritt hielt.

Neben der allmählichen Angliederung der oberen Klassen stellte auch die Durchführung der im Jahre 1901 erschienenen Lehrpläne besondere Aufgaben an den Lehrkörper. Die Bewältigung dieser Aufgaben war um so schwieriger, weil die durch die Vervollständigung notwendig gewordenen Lehrerstellen bis zur Anerkennung der Anstalt als Gymnasium nur kommissarisch besetzt werden konnten und in ihren Inhabern öfteren Wechsel erfuhren. Dem Turnunterricht kam vor allem zugute, daß die Schule seit Herbst 1901 nicht mehr auf die Benutzung der Turnhalle der Unteroffizierschule angewiesen war, sondern über die von der Stadt vertragsmäßig erbaute zweckmäßig eingerichtete Halle verfügte. Während früher die Schüler jedesmal nur eine halbe Stunde turnen konnten, wurde nunmehr der Unterricht in ganzen Stunden erteilt, außerdem wurde die Zahl der Turnabteilungen vermehrt. Die Lehrmittel der Anstalt auf den verschiedenen Gebieten des Unterrichts bedurften besonders wegen der Einrichtung der oberen Klassen einer starken Vermehrung, eine Schülerbibliothek für die Oberstufe war neu zu begründen. Für alle diese Zwecke wurden aus der Staatskasse ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt. Der Erweiterungsbau, der im Erdgeschoß 4 Klassenzimmer und im ersten Stockwerke eine Aula mit einer Grundfläche von 252 qm umfassen sollte, wurde im Mai 1902 in Angriff genommen und binnen Jahresfrist soweit gefördert, daß die mit dem Schuljahre 1903 eröffnete Unterprima in einem der neuen Klassenräume untergebracht werden konnte. Das Hofgelände, dem durch den Erweiterungsbau ein Teil seiner Fläche entzogen worden war, erfuhr eine Vergrößerung um 673 qm, so daß die gesamte Grundfläche des Gymnasiums 63 a 71 qm umspannt. Der Erweiterungsbau wurde am 8. Juni 1903 auf den Staat übernommen. Die Fertigstellung des Gymnasialgebäudes war ein für Jülich so bedeutsames Ereignis, daß die Stadtverordnetenversammlung es festlich zu begehen beschloß. Am 9. Juni fand unter allgemeiner Beteiligung der Behörden und der Bürgerschaft in der Aula eine öffentliche Schul-

feier statt, woran sich ein von der Stadt Jülich veranstaltetes Festessen anschloß. Das Fest erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß das Provinzialschulkollegium dabei durch den Regierungsrat Dr. Peters vertreten war. Einen erneuten Beweis ihres Interesses für die Anstalt legte die städtische Verwaltung ab, als sie gelegentlich der Schulfeier durch Bürgermeister Vogt das 2709 Mark betragende Vermögen der Kaiser Wilhelm-Augusta-Stiftung, deren Zweck mit dem Ausbau des Progymnasiums erfüllt war, der Schule überwies, damit ihre Erträge zur Unterstützung von Schülern verwendet würden. Die Stiftung erfuhr eine dankenswerte Erhöhung durch zwei Bürger der Stadt, den Rentner Fritz Scheuer, der zur Erinnerung an seinen verstorbenen Vater Justizrat Scheuer als langjähriges Mitglied des Kuratoriums 1000 Mark spendete, und den Beigeordneten P. Linnartz, der 500 Mark zur Verfügung stellte. Hervorhebung verdient auch das vom Fabrikbesitzer Julius Eichhorn als würdiger Schmuck der Aula gestiftete von Künstlerhand gemalte Bildnis Sr. Majestät des Kaisers.

Da inzwischen auch der ursprünglich als Aula in Aussicht genommene Raum seiner Bestimmung gemäß als Zeichensaal hergerichtet war, konnte der Zeichenunterricht um so mehr gepflegt werden, als auch die bisher üblichen Vereinigungen zweier Klassen wegfielen. Der Besuch der Anstalt hatte mit dem Beginn des Ausbaus zugenommen. Die Schülerzahl war von 158 im Jahre 1901 in den drei folgenden Jahren auf 201, 237, 247 gestiegen. Ostern 1904 wurde die Oberprima eingerichtet. Im Anschlusse an eine Besichtigung der Anstalt, die Provinzialschulrat Dr. Abeck im November 1904 vornahm, erfolgte die ministerielle Genehmigung zur Abhaltung der ersten Reifeprüfung im Ostertermin 1905. Der Prüfung unterzogen sich 10 Oberprimaner. Auf Grund des Ergebnisses wurde ihnen sämtlich durch Ministerialerlaß vom 28. Februar 1905 das Reifezeugnis zugesprochen und die Anstalt als Gymnasium anerkannt.

Da nunmehr das langerstrebte Ziel, die Wiedererrichtung des alten Gymnasiums erreicht war, wurden die ersten Abiturienten am 22. März 1905 in Gegenwart der städtischen Behörden und zahlreicher Mitglieder der Bürgerschaft besonders feierlich entlassen. Erfreulich war es, daß der ehemalige Direktor Professor Dr. Kuhl die Erfüllung des von ihm so lange gehegten Wunsches noch erleben konnte. Im folgenden Jahre am 8. April verschied er zu Cöln-Ehrenfeld im Alter von 75 Jahren.

Mit der Anerkennung der Anstalt als Gymnasium wurden sämtliche Oberlehrerstellen endgültig besetzt. Auf diese Weise wurde der Wechsel der Lehrer, der sich gerade in der Zeit des Ausbaus oft unangenehm bemerkbar gemacht hatte, eingeschränkt. Während das Lehrerkollegium des Progymnasiums aus dem Direktor, 6 Oberlehrern, 1 technischen Lehrer und dem mit Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts betrauten evangelischen Pfarrer bestanden hatte, verfügte das Gymnasium außer dem Direktor und technischen Lehrer über 11 Oberlehrer. Der evangelische Religionsunterricht war mit dem Schuljahre 1905 einem Oberlehrer übertragen worden. Die Leitung des Gesangunterrichts übernahm nebenamtlich ein Volksschullehrer.

Die Lehrmittel erfuhren eine ganz bedeutende Vermehrung infolge mehrmaliger Bewilligung außerordentlicher Beihilfen von seiten des Provinzialschulkollegiums. Zur Hebung des physikalischen Unterrichts wurde außerdem der Physiksaal im Schuljahre 1905/6 in einer den modernen Anforderungen entsprechenden Weise unter Aufwendung bedeutender Kosten eingerichtet. Das folgende Schuljahr brachte der Anstalt ein vom Lehrerkollegium, ehemaligen Schülern und Freunden der Schule gestiftetes prächtiges Geschenk, eine Fahne. Sie zeigt auf der Schauseite die preußischen Farben, die als Schmuck den heraldischen Adler und den Namen der Anstalt in kunstvoller Stickerei aufweisen. Die andere Seite führt in den Jülicher Farben die Inschrift: Deo, Patriae, Misis.

Daß dem physikalischen Unterrichte lebhaftes Interesse entgegengebracht wurde, geht aus der im Schuljahre 1907/8 getroffenen Einrichtung der Schülerübungen hervor. In demselben Jahre erfuhr die Lehrerbibliothek eine reiche Vermehrung durch den Bürgermeister a. D. J. Jungbluth in Cöln, einen ehemaligen Schüler der Anstalt. Er wandte ihr eine große Anzahl zum teil recht wertvoller Werke besonders geschichtlicher und lokalgeschichtlicher Literatur zu. Im Verlaufe des Schuljahres 1910/11 ermöglichte eine vom Ministerium zur Verfügung gestellte Summe von 2000 Mark den Anschluß des Physiksaales an das eben in Betrieb gesetzte städtische Stromnetz. Da der von der Stadt gelieferte dreiphasige Wechselstrom von ca. 200 Volt Spannung für die meisten Experimentierzwecke unbrauchbar ist, muß dieser zunächst in Gleichstrom umgewandelt werden. Um dies zu bewerkstelligen wurde im Sammlungs- zimmer ein Drehstrommotor aufgestellt, der mit einem Gleichstromdynamo von entsprechender Stärke verkuppelt ist. Im Physiksaal wurde eine Schalttafel angebracht, von ihr führt eine Leitung zur Aula, damit auch dort der Strom zu Experimentier- und Vortragszwecken benutzt werden kann.

Im Schuljahre 1911/12 entschloß sich die städtische Verwaltung auf einem unmittelbar an den Schulhof anstoßenden Grundstücke eine zweite geräumige Turnhalle zu errichten und sie dem Gymnasium für den Turnunter- zur Verfügung zu stellen. Diese Einrichtung war für den Turnbetrieb der Anstalt äußerst vorteilhaft, da die vorher benutzte Turnhalle mindestens 6 Minuten vom Schulge- bäude entfernt liegt.

Mit der Vervollständigung der Anstalt wuchs zunächst die Zahl der Schüler. Sie stieg von 238 im Jahre 1905/6 zunächst auf 259 und erreichte im Jahre 1907/8 den Höhe- punkt mit 277 Zöglingen. In den folgenden Jahren machte sich eine Abnahme bemerkbar, vom Schuljahr 1908/9 bis 1912/13 zählte das Gymnasium nach einander 266, 259, 239, 226, 237 Schüler. Der Grund ist darin zu suchen, daß in den Nachbarstädten Eschweiler und Stolberg eben-

falls Gymnasien entstanden und diese Orte auch den Schülern Gelegenheit bieten sich eine Realbildung zu verschaffen. Ferner ist die höhere Stadtschule in Erkelenz zu einem Progymnasium ausgebaut worden, und schließlich werden die Rektorat- und Stadtschulen der Umgegend, nachdem sie für die Aufnahme auf Vollanstalten berechtigende Zeugnisse ausstellen können, von vielen Eltern deshalb bevorzugt, weil sie ihre Söhne länger bei sich behalten können. Von den Schülern stammen regelmäßig etwa 100 aus Jülich. Die Zahl der Auswärtigen, die im Schulort untergebracht sind, ist von Jahr zu Jahr gesunken. Denn zunächst sind in der letzten Zeit zwei neue Bahnlinien von Jülich aus eröffnet worden, nach Dalheim und Puffendorf, und außerdem liegen die Züge nach den verschiedenen Richtungen meist so günstig, daß die Schüler aus der näheren und weiteren Umgebung morgens rechtzeitig hier eintreffen und nach Schluß des Unterrichts sofort die Rückfahrt antreten können. Eine große Erleichterung bietet auch die Beschränkung des wissenschaftlichen Unterrichts auf zwei Nachmittage der Woche.

Das schon früher mehrmals hervorgetretene Verlangen nach Ersatzunterricht für das Griechische ist im letzten Jahre wiederum der Behörde vorgetragen worden. Ihm konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Zahl der für den Ersatzunterricht in Betracht kommenden Schüler so gering war, daß für sie die durch die Einführung des gewünschten Unterrichts verursachten Kosten nicht aufgewandt werden konnten. Größere Beteiligung fände ein solcher Ersatzunterricht allerdings, wenn den Teilnehmern die Möglichkeit gegeben wäre, an der Anstalt auch die Reifeprüfung abzulegen. Ein solches Ziel ließe sich aber nur durch Umgestaltung in ein Realgymnasium erreichen. Da indes die Schule bisher hauptsächlich von Schülern aus ländlichen Verhältnissen besucht wurde, die sich die Möglichkeit für das theologische Studium offen halten wollten, so kann die Umwandlung in ein Realgymnasium nicht als im Einklang mit den Bedürfnissen stehend angesehen werden.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der Jahre eine Änderung der Verhältnisse eintritt, da mancherlei Anzeichen darauf hindeuten, daß die Industrie in der Stadt Jülich und ihrer nächsten Umgebung größere Bedeutung gewinnen wird.

Die Übersicht hat gezeigt, daß die Entwicklung des Gymnasiums auf's engste mit der Stadt Jülich verknüpft ist und die Stadt der Anstalt von jeher das größte Interesse geschenkt hat. Freilich die Opfer, die im Laufe der Jahre gebracht worden sind und auch in Zukunft noch verlangt werden, sind keineswegs gering. Aber die Bürger haben keinen Grund diese Opferwilligkeit zu bereuen. Denn nachdem es ihnen gelungen ist, die Verwaltung des Gymnasiums in die mächtige Hand des Staates zu legen, ist der Bestand der Anstalt für alle Zeiten gesichert und zugleich erreicht worden, daß das aufwärts strebende Gemeinwesen bezüglich seiner Bildungsanstalt nicht hinter den Nachbarstädten zurückbleibt. Voll Zuversicht darf sich der Blick in die Zukunft richten, da die aufblühende Stadt und die reiche Umgegend, die in dem fruchtbringenden Boden eine unerschöpfliche Quelle des Wohlstandes besitzt, dem durch die reichen Mittel des Staates unterhaltenen Gymnasium stets einen ausreichenden Besuch sichert.



Verzeichnis¹⁾ der Leiter und Lehrer der Anstalt seit dem 6. Oktober 1862.

Namen	Zeit der Tätigkeit		Jetzige Stellung
	Anfang	Ende	
Dr. Joseph Kuhl	Herbst 1862	Ostern 1897	† am 8. April 1906 als Direktor a. D. in Cöln. Provinzialschulrat in Coblenz. Gymnasialdirektor in Jülich.
Dr. Wilhelm Emanuel Hoeres	Ostern 1897	Herbst 1901	
Dr. Anton Kreuser	1. Oktober 1901		
A. Leiter.			
Dr. Aloys Algemissen	Herbst 1884	Dezember 1886	† als Oberlehrer in Coblenz. Oberlehrer in Jülich.
Dr. Johannes Ax	Ostern 1908		
Dr. Rudolf Bernhard	Ostern 1904	Ostern 1909	Oberlehrer am Realgymnasium in Düren. Professor in Jülich.
Heinrich Bers	Ostern 1887		
Hermann Boll	Herbst 1873	Herbst 1876	† 1909 als Professor in Brühl. Pfarrer in Tetz bei Jülich.
Heinrich Braun, Kaplan	Herbst 1906	Pfingsten 1907	
Peter Braun	Ostern 1905	Herbst 1905	Kreisschulinspektor in Borken. Oberlehrer an der Studienanstalt in Cöln.
Joseph Breuer	Herbst 1904	Ostern 1905	
Dr. Joseph Brüggemann	Ostern 1904	Herbst 1904	Professor. Schultechnischer Mitarbeiter beim Kgl. Provinzialschullegium in Coblenz.
Hermann Brüggemann	Herbst 1861	Ostern 1868	† als Oberlehrer in Cöln.
B. Lehrer.			

¹⁾ Die Zusammenstellung des Verzeichnisses wird hauptsächlich Professor Bers verdankt.

Namen	Zeit der Tätigkeit Anfang Ende	Jetzige Stellung
Joseph Burens	1. Herbst 1901	Kreisschulinspektor in Düren.
Dr. Karl Dammann	2. 1. Januar 1906	Professor in Viersen.
Dr. Heinrich Dörner	Ostern 1886	Oberlehrer an der Oberrealschule in Saarbrücken.
Dr. Julius Elter	Herbst 1908	Professor in Jüllich.
Joseph Engel	Herbst 1905	Oberlehrer in Lünen i. W.
Matthias Engeln	Ostern 1905	Wissenschaftlicher Hilfslehrer an der höheren
Heinrich Erlecke	Herbst 1860	Stadtschule in Heinsberg.
Andreas Esser, Oberpfarrer	Pfingsten 1910	† 11. August 1910 als Dechant und Ehrenstifts-
Theodor Feldmann	Herbst 1906	herr in Jüllich.
Joseph Frank	15. September 1909	Oberlehrer am Progymnasium in Erkelenz.
Servatius Frings	Herbst 1886	† als Oberlehrer in Trier.
Dr. Wilhelm Friederichs	Herbst 1889	Lehrer am Gymnasium in Jüllich.
Joseph Funken	Herbst 1907	Oberl. an der Studienanstalt St. Ursula in Aachen.
Dr. Augustin Fürth	Ostern 1895	† als Professor in Jüllich.
Heinrich Garbs	Ostern 1868	† 1901 als Oberlehrer in Bonn.
Joseph Graulich	Herbst 1903	Oberlehrer in Jüllich.
Albert Haerber	Ostern 1908	Oberlehrer am Kgl. Gymnasium in Bonn.
Dr. Jakob Hamacher	Ostern 1909	Wissenschaftlicher Hilfslehrer an der höheren
Felix Hammer	Herbst 1911	Schule in Bergheim a. Erf.
	Ostern 1912	Oberlehrer am Realgymnasium in Alten-Essen.
	Ostern 1904	† als Oberlehrer in Oberwaid bei St. Gallen.

Namen	Zeit der Tätigkeit		Jetzige Stellung
	Anfang	Ende	
Dr. Wilhelm Havers	Herbst 1907	Ostern 1908	Privatdozent an der Universität Leipzig.
Heinrich Hermanns	Ostern 1903	Ostern 1904	Oberl. an der Handelsrealschule der Stadt Cöln.
Otto Hermans	Herbst 1876	1. Juli 1877	Kreisschulinspektor Schulrat in Coblenz.
Anton Hoeffling	Herbst 1863	Ostern 1864	† als Rektor der höheren Schule in Dülken.
Max Hoeren, Kaplan	13. September 1906	21. Januar 1908	Pfarrer in Steckenborn.
Eduard Höfer, Evang. Pfarrer	Ostern 1854	Mitte Februar 1872	† 9. Februar 1873 in Trier.
Franz Hortmann, Maler	Herbst 1865	28. November 1879	† in Jülich.
Hermann Hosse, Ev. Pfarrer	Herbst 1872	24. Februar 1899	† als evangelischer Pfarrer in Jülich.
Dr. Anton Hübinger	Ostern 1905	Ostern 1906	Oberl. am Reformrealgymnasium in Düsseldorf.
Karl Hürten	24. Mai 1888	10. Juli 1888	Professor in Münsteriefel.
Dr. Richard Jungbluth	Januar 1900	April 1900	Direktor des Realprogymnasiums in Cöln-Deutz.
Hugo Kemper	Herbst 1911	Ostern 1913	Wissenschaftlicher Hilfslehrer in Cöln-Deutz.
Nikolaus Knipschaar	Herbst 1875	Herbst 1886	† als Prof. und Oberl. a. D. 1912 in Coblenz.
Dr. Leo Körholz	1. April 1910	15. Mai 1910	Oberlehrer am Progymnasium in Rees.
Dr. Jakob Koschel	Ostern 1904		Oberlehrer in Jülich.
Johann Kroll	Herbst 1880	Ostern 1883	Seminarlehrer a. D. in Bonn.
Wilhelm Krupp	1846	1876	† 10. Dezember 1890 als Gymnasiallehrer in Jülich.
Eugen Kuntze	Ostern 1892	Herbst 1898	Seminarlehrer in Arnsberg.
Johannes Lowartz	10. Juli 1907	Herbst 1908	Oberl. an der Rhein. Ritterakademie zu Bedburg.
Johann Meurer	Ostern 1887	Ostern 1891	† als Pfarrer zu Loverich.
Dr. Peter Meyer	1. Juli 1877	1. April 1879	Gymnasialdirektor in Münsteriefel.
Dr. Anton Miebach	1. Januar 1907		Oberlehrer in Jülich.
Paul Miething	Herbst 1911	Ostern 1912	Anstellungsfähiger Kandidat in Düren.

Namen	Zeit der Tätigkeit		Jetzige Stellung
	Anfang	Ende	
Dr. Joseph Minn	Ostern 1909	Ostern 1910	Oberlehrer in Bottrop. Anstellungsfähiger Kandidat am Gymnasium in Viersen.
Willy Moers	16. April 1912	4. Mai 1912	
Dr. Jakob Mörschbacher	Ostern 1879	Herbst 1884	Professor und Oberlehrer a. D. in Trier. Evang. Pfarrer in Jülich.
Pfarrer Georg Müller	Ostern 1899	Ostern 1905	
Joseph Nassen	Herbst 1898	Herbst 1903	† 18. November 1903 als Oberlehrer a. D. Anstellungsfähiger Kandidat in Jülich.
Werner Ohlendorf	Ostern 1912	Ostern 1907	
August Peters	Herbst 1906	Ostern 1907	Oberl. am Realgymnasium in Duisburg-Ruhrort. Elementarlehrer in Jülich.
Franz Peters	Ostern 1905	Ostern 1905	
Hermann Piwko	Herbst bis 13. November 1893	Herbst bis 13. November 1893	† als wissensch. Hilfslehrer am Gymnasium in Viersen.
Joseph Pleuß	1823	1863	† 16. Februar 1876 als Gymnasiallehrer. Professor und Oberlehrer a. D. in Jülich.
Franz Rau	1. November 1876	1. Oktober 1912	
Joseph Reichwein	Herbst 1906	Ostern 1907	Oberlehrer an der Oberrealschule in Rheydt. † als Religions- und Oberlehrer in Neuß 1889. Kreisschulinspektor in Geldern.
Dr. Ferdinand Rheinstädter	Herbst 1861	Herbst 1865	
Johann Renker	18. Juni 1907	1. Oktober 1907	† als Pfarrer von Geistingen.
Franz Ritsch	Herbst 1865	Ostern 1887	
Karl Ruland	Ostern 1867	Ostern 1869	Professor in Jülich. † 8. Oktober 1894 in Jülich.
Ernst Schenke	Ostern 1896	Ostern 1896	
Hippolyt Schiffers	1862	1880	† als Professor am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Cöln.
Wilhelm Schmitter	19. Oktober 1870	12. Februar 1871	
Dr. Ludolf Schmitz	Ostern 1903	Ostern 1904	Pfarrer in Zons.

Namen	Zeit der Tätigkeit		Jetzige Stellung
	Anfang	Ende	
Albert Schmitz	8. Februar 1861	10. Juli 1863	Oberlehrer in Jülich.
Dr. Ernst Scholz	Ostern 1903		Seminarlehrer in Rheydt.
Johann Segsneider	1. Mai 1883	10. Oktober 1889	Professor und Oberlehrer a. D. in Sigmaringen.
Bernhard Sextro	1. Januar 1887	Ostern 1892	Professor in Siegburg.
Rudolf Sieler	Ostern 1891	Ostern 1904	† als Oberlehrer in Linz 1904.
Karl Terbrüggen	Herbst 1870	Herbst 1873	Oberlehrer in Jülich.
Thomas Viëtor	Ostern 1909		Professor und Gymnasialoberlehrer a. D. in Cöln.
Peter Wedekind	Ostern 1871	Herbst 1875	Oberlehrer in Jülich.
Konrad Weins	Ostern 1907		Oberlehrer in Detmold.
Dr. Karl Winkelsesser	Ostern 1903	1. August 1904	† als Professor und Oberlehrer a. D. in Jülich.
Joseph Winkler	Herbst 1863	4. August 1896	† als Oberlehrer in Cöln.
Heinrich Wünschuh	Herbst 1868	Herbst 1870	Professor in Siegburg.
Jgnaz Wohlhage	Ostern 1887	1. Juli 1887	† als Gymnasiallehrer in Jülich.
Johann Joachim Wollseiffen	Ostern 1864	19. Oktober 1870	† als Gymnasialdirektor a. D. in Crefeld.
Dr. Matthias Wollseiffen	Herbst 1864	Herbst 1868	Professor in Münsterfeld.
Anton Zander	Ostern 1890	Pfingsten 1890	Oberlehrer a. D. in Steffin.
Dr. Hans Ziegel	Ostern 1902	Ostern 1904	Oberlehrer am Kgl. Hohenzollerngymnasium in Düsseldorf.
Wilhelm Zilles	Herbst 1905	Weihnachten 1905	
Franz Zillikens	Ostern 1896	Ostern 1897	Professor in Eschweiler.
Peter Zirfas	1. Oktober 1904	Ostern 1905	Kreisschulinspektor in Cleve.
Max Zschorlich	Ostern 1902	Ostern 1903	Oberlehrer am Realgymnasium in Crefeld.

Übersicht über den Besuch der Anstalt seit der Erhebung zum Progymnasium.

Jahr	Anzahl der Schüler	Jahr	Anzahl der Schüler	Jahr	Anzahl der Schüler	Jahr	Anzahl der Schüler
1862	89	1875	120	1888	134	1901	158
1863	101	1876	140	1889	134	1902	201
1864	121	1877	130	1890	127	1903	237
1865	134	1878	136	1891	117	1904	247
1866	148	1879	130	1892	119	1905	238
1867	162	1880	115	1893	116	1906	259
1868	161	1881	128	1894	117	1907	277
1869	164	1882	119	1895	106	1908	266
1870	143	1883	103	1896	107	1909	259
1871	126	1884	101	1897	110	1910	239
1872	115	1885	111	1898	118	1911	226
1873	124	1886	121	1899	133	1912	237
1874	120	1887	114	1900	148		

Anzahl der Abiturienten.

Jahr	Abiturienten	Jahr	Abiturienten
1905	10	1909	18
1906	12	1910	22
1907	11	1911	16
1908	14	1912	11

Übersicht

über die finanzielle Entwicklung der Anstalt.

Jahr	Einnahmen			Ausgaben	
	Schulgeld	Zuschuß		Gehälter	insgesamt
		der Stadt	des Staates		
Mark	Mark	Mark	Mark	Mark	
1822	873	1 692	800	2 835	3 051
1826	1 740	1 575	800	3 687	4 126
1838	858	1 872	800	2 860	3 726
1847	942	1 767	800	3 057	3 948
1849	888	1 599	800	3 057	4 299
1851	1 419	1 806	800	3 579	3 831
1862	5 202	3 630	800	9 456	9 813
1866	8 763	3 981	800	11 808	12 936
1874	8 493	6 450	6 105	19 140	22 941
1880	9 457	6 450	6 105	18 900	23 746
1892	10 565	8 382	6 105	23 100	26 162
1893	10 975	11 707	12 000	28 630	35 402
1896	10 070	14 933	12 000	29 335	37 904
1897	10 410	11 706	12 000	28 480	38 813
1898	10 775	8 000	17 741	31 730	34 336
1899	11 630	8 000	18 703	32 242	35 444
1902	20 038	12 000 ¹⁾	20 783	35 530	44 650
1903	27 581	12 000	11 606	40 980	50 409
1906	29 298	12 000	24 025	56 310	68 506
1907	30 322	12 000	24 556	53 077	66 611
1908	30 013	12 000	26 227	57 032	67 106
1909	30 451	12 000	40 732	78 752	87 682
1910	27 326	12 000	38 711	70 890	81 275
1911	26 010	12 000	43 270	74 800	82 128

¹⁾ Dazu kommen die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Kosten des Anstaltsgebäudes. Vom 1. April 1949 erhöht sich der Beitrag der Stadt auf 19 000 Mark.

